Sonnabend, 31. Mai 1924. Einzelnummer 15 Groschen. 63. Jahrgang. Nr. 124.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. Złoty:
bei der Geschäftsstelle . 3.50
bei den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten . 3.80
durch die Post 3.50
ausschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Złoty,
in deutscher Währg. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105. 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 30 Gr.
für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Groschen, Reklameteil 25 Groschen
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 75 Gr.

Zur Regelung der Minderheitenfrage.

Die Sonderkommission zur Regelung der Minderheitenfrage in Polen tagt in Warschau. Sie arbeitet angestrengt an einer Reihe von Gesetzesvorlagen, die, in den allernächsten Monaten vom Sejm und vom Senat zu Rahmengesetzen gemacht, dem Kabinett Grabskis als Richtschnur zu einer Reihe von amtlichen Erlassen betreffend die Ordnung der rechtlichen Lage der Minderheiten dienen sollen.

Um diesen Erlassen die Kraft der Gesetze zu verleihen, wird der Präsident den Sejm um die Verlängerung seiner außerordentlichen Vollmachten und auch um deren Erweiterung schon — vor dem 1. Juni bitten.

Man darf diesem Plan — den verfahrenen Karren aus dem Sumpf zu ziehen — keinesfalls absprechen, daß er klug ersonnen ist, rebus sic stantibus, — d. h. wie die Sache heute steht. Denn es wäre lediglich zu unerhörten Skandalen im Sejm gekommen, falls man die eiternden Minderheitenbeschwerden vor den Augen der erstaunten Kulturwelt einerseits und der in ihrer Boshaftigkeit verstockten „Erzpatrioten" in ihrem Gesamtumfang aufrollen wollte. Die Regierung weiß es genau, daß weder der Inhalt der diesbezüglichen Debatten, noch ihre Form dem Staate kaum zur Ehre gereichen würden, und darum hat sie auch wohlweislich den obenbesagten Weg eingeschlagen. Etliche allgemein gehaltene Rahmengesetze schnell durchzudrücken und dann ohne jegliches unnützes Parlamentariergeschrei eine Serie von ihnen abgeleiteter Gesetze auf administrativem Wege in Kraft treten zu lassen — genau in derselben Weise, wie man es mit der Sanierung der Staatsfinanzen angefangen hat —, das wäre der psychologisch einzig richtige Weg, um das erwünschte Ziel endlich zu erreichen.

Allerdings, — dazu gehört viel Vertrauen von seiten der Volksvertreter, um gerade in dieser Frage der Regierung die von ihr erwünschten Vollmachten zu erteilen, ohne die der ganze Plan, auch hier eine Sanierung durchzusetzen — ins Wasser fallen muß. Man darf sagen: ein blindes Vertrauen Herr Premierminister Grabski glaubt diesen Grad des Vertrauens von allen Völkerschaften der Republik beanspruchen zu können; denn er steht im Moment auf dem Gipfel seines Ruhmes als Retter des Vaterlandes aus der tiefsten Not, als der erste polnische Staatsmann, der das Staatsruder bei hoher See mit fester Hand zu ergreifen verstand.

Dieser Staatsmann hat sich während der letzten Monate des Valutasturms, ehe er mit knapper Mühe den Hafen der Emissionsbank zu erreichen vermochte, überzeugt, daß es mit dem Staatsleben doch nicht weiter so gehen kann, wie es 1918 bis 1924 versucht wurde. Er hat sich schmerzlich überzeugt, daß ein moderner Staat, der auf Schritt und Tritt auf den wohlbegründeten, weil täglich von neuem geschürten Unwillen fast der Hälfte seiner eigenen Bürger stößt, unmöglich erstarken kann, — ja, — daß solch ein Staat nicht dem geringsten internationalen Sturme gewachsen ist, — sei es auf der Weltbörse, im Diplomatenturnier oder auf dem Schlachtfelde. Herr Grabski hat vieles in kurzer Zeit praktisch erlernt und — wer weiß? — vielleicht im Zusammenhang damit auch über die wirklichen Ursachen des Zusammensturzes des oligarchischen Altpolens mit seiner Dissidentenpolitik nachgesonnen . . . . .

Auch fühlt Herr Grabski, daß die Zeit drängt. Ein dumpfes Getöse läßt sich allerseits vernehmen: aus dem Dunkel der ruthenischen Urwälder, aus den verstummenden Gruben der schlesischen Bergwerke, aus den erstarrenden Fabrikbetrieben von Lodz, Bielitz, Zyrardow und Bialystok. Es dröhnt die Erde, es erzittert die Heimatscholle. Und weit in der Ferne steigen am politischen Horizont des befreundeten Frankreichs schwarze Wolken auf. Der einzige verbliebene Freund und gute Nachbar, Rumänien, warnt vor einem auch von anderer Seite heranziehenden Gewitter. . . . Auch die kleinen Baltenstaaten scheinen dieses Gewitter zu spüren, wie die kleinen Vögel vor dem Sturme, so schließen auch sie sich enger zusammen.

Premierminister Grabski hat es offenbar voll und ganz eingesehen, daß auch den Völkerschaften Polens die Möglichkeit zum engeren Zusammenschluß endlich gegeben werden muß, damit die Summe der inneren Widerstandskraft dieser unserer gemeinsamen Heimat sich nicht, wie es 1918—1924 gewesen ist, durch die Formel:

(17 Mill. Herrenvolk — 11 Mill. Benachteiligte = 6)

ausdrücke, sondern mit einzig richtigen, echt demokratischen Formel:

(17 + 11 = 28 Mill.)

gleichberechtigte Mitbürger.

Herr Grabski hat der Welt bewiesen, daß er ein guter Rechenmeister ist. Und trotz der berechtigten Befürchtungen, welche in den am meisten interessierten Kreisen schon dadurch allein hervorgerufen worden sind, daß zu den geheimen Beratungen der Minderheitenkommission kein einziger Vertreter der Ruthenen, der Ukrainer, der Juden, Deutschen und Litauer zugelassen wurde („Nur wir, die Urpolen, haben über Polens Schicksal zu bestimmen!"), — trotz der verleumderischen Gerüchte, die da von Polens Feinden in Umlauf gesetzt werden, daß man lediglich auf das machiavellistische „divide et impera" sich auch diesmal zu beschränken beabsichtigt, indem man allein den slawischen Minderheiten die Hand der Versöhnung auszustrecken plane, — trotz allen diesen Mutmaßungen und Verdächtigungen können wir doch dem Staatspräsidenten Wojciechowski und dem Ministerpräsidenten unser Vertrauen schenken.

Die letzte Rede unseres Staatsoberhauptes, die am 26. Mai in Lida mit absichtlicher Unterstreichung ihres wohldurchdachten offiziellen Charakters gehalten wurde, erlaubt uns allen, die wir zu den völkischen Minderheiten Polens gehören, die berechtigte Hoffnung zu hegen, daß nun endlich mit der bisherigen Verschmähung unserer heiligsten Rechte, der Staatsverfassung Polens und — des Versailler Minderheitenvertrags mit einem Schlage ein Ende gemacht wird.

Dr. E. von Behrens.

Das Ende der polnischen Baltenpolitik.

Ein Gedanke von Pilsudski. — Die unglückliche Bündnispolitik. — Eine fast unglaubliche Nachricht. Litauens großer Erfolg. — Im Warschauer Sejm wird geschimpft.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Vor zwei Jahren wurde das sogenannte Warschauer Abkommen geschlossen. Es sollte den Schlußstein zu einem Bunde bilden, dem außer den baltischen Randstaaten, einschließlich Finnlands, auch Polen angehören sollte. Der Gedanke zu diesem großen Verbande ging von Pilsudski aus. Seiner Auffassung nach ist der Haupt- und Erbfeind Polens in Rußland zu suchen. Der Baltenbund, mit Einschluß Polens, sollte also vor allen Dingen zum Schutze gegen Rußland dienen. So wenigstens nach Pilsudskischer Auffassung. Diese Auffassung aber deckte sich absolut mit den französischen Bestrebungen, rings um Deutschland eine Kette zu legen. Denn wenn das deutschfeindliche, von Frankreich abhängige Polen, dem Baltenbund seine Richtung gab, so war man auch sicher in Paris, daß dieser Bund gegen Deutschland zu gebrauchen sei. Der Bund ist zwar geschlossen, aber niemals endgültig unterzeichnet worden, da die öffentliche Meinung und die Volksvertretung in Finnland sich diesem abenteuerlichen Unternehmen widersetzte. Somit blieb der Bund in der Luft schweben. Polen machte die leidenschaftlichsten Versuche, ihn dennoch zum Abschluß zu bringen. Diese Versuche haben nie zu einem Erfolge geführt.

Und heute, nach der Konferenz von Kowno, ist der polnisch-französische Baltenbund einfach tot, genau so tot, wie die besonders von Herrn Seyda, unter der Parole eines neuen Mitteleuropas, ebenfalls von Frankreich betriebene Vergrößerung der Kleinen Entente durch den Zutritt Polens endgültig erledigt ist. Sie bekam den ersten tödlichen Stoß, als die Südslawen ihr Bündnis mit Italien schlossen. Seitdem ist der französische Gedanke dieser südöstlichen Staatenkette zur Niederhaltung Deutschlands, in der ebenfalls Polen die entscheidende antideutsche Rolle spielen sollte, ebenfalls zerrissen. Wohin auch Polen heute blickt, seine Bündnispolitik hat überall unter der gütigen Führung Frankreichs, das durch Deutschland von Polen räumlich so sehr getrennt ist, Schiffbruch erlitten. Ihm ist als einziger geographisch naher Verbündeter — Rumänien geblieben. Das durch seinen Zwist mit Rußland über Beßarabien schwer belastete Rumänien, das eher eine Gefahr für Polen bildet als einen Schutz. Denn wenn es heute zum Zusammenstoß zwischen Rußland und Rumänien kommt, und die Nachrichten lauten von Zeit zu Zeit recht erregend, dann ist für Polen die Bündnispflicht gegeben. Fürwahr, kein angenehmer Ausblick.

Vor etwa einem halben Jahre schon hat man in Polen deutlich erkannt, daß die Baltenbundpolitik endgültig verspielt sei. Herr Dmowski, der damalige Außenminister, hat damit vertröstet, daß die Baltenstaaten in Warschau zu einer Konferenz zusammentreten würden. Diese Konfernez hat auch wirklich stattgefunden, nachdem sie immer wieder vertagt worden ist. Aber ihr Ergebnis war gleich Null. Einige schöne Worte wurden gemacht, sonst nichts. Mit Ärger vernahm man in Warschau, daß dieselben lettischen und estnischen Minister, die in Warschau so liebenswürdige, aber nicht verpflichtende Worte gefunden hatten, nun bereit seien, mit dem bittersten Feinde Polens, mit Litauen, sich freundschaftlich an den Konferenztisch zu setzen. Polen hat, glaubwürdigen Nachrichten zufolge, diese Konferenz zu verhindern gesucht. Es hat bei den Letten und den Esten gegen die Abhaltung der Kownoer Konferenz protestiert. Bestätigt sich die Meldung, die fast unglaublich klingt, so hat sich das polnische Außenamt eines unerhörten Schnitzers schuldig gemacht. Es mußte wissen, daß die beiden Staaten eine solche Einmischung entschieden ablehnen würden, und daß dieses Eingreifen Polens die Konferenzziele von Kowno statt zu hindern, nur fördern werde. Und so ist es auch gekommen. Ganz im Gegensatz zu der Warschauer Konferenz ist in Kowno vieles erreicht worden. Es wurde ein gemeinschaftliches Vorgehen dem Völkerbund gegenüber, also wahrscheinlich auch eine gemeinschaftliche Vertretung in Aussicht genommen, es wurden gemeinschaftliche Richtlinien in wirtschaftlicher Beziehung aufgestellt, die auf eine Zollunion hinauslaufen, und dann will man sich überhaupt außenpolitisch unterstützen. Was verlangt man noch mehr von einer Konferenz? Das Ergebnis ist also kurz folgendes: Die Warschauer Konferenz, die den Anschluß Polens an den Baltenbund zum Ziele hatte, ist jämmerlich gescheitert. Die Konferenz aber mit dem polenfeindlichen Litauen war ein **großer Erfolg**. Hiermit ist der Schwerpunkt der Baltenbundpolitik endgültig von Polen und Warschau hinwegverlegt und er befindet sich zurzeit in Kowno. Eine angenehme Aussicht für Polen!

Und nun kommt zum Überfluß noch eine böse Meldung aus Kowno: Der tschechoslowakische Gesandte in Kowno hatte die Liebenswürdigkeit für Polen, am Grabe eines im Kampfe gegen Polen gefallenen litauischen Soldaten, unter gütiger Mitwirkung einiger Vertreter von Estland und Lettland, einen Kranz niederzulegen, und dabei Worte von der Unabhängigkeit und dem künftigen Wohlergehen Litauens zu äußern, die für Polen nichts weniger als angenehm klingen. Denn diese Litauer betonen bei jeder Gelegenheit, daß sie niemals gesonnen seien, auf Wilna zu verzichten. Und kurz zuvor hatte noch Herr Zamoyski die Gutmütigkeit gehabt, zu sagen, gottlob, daß der Jaworzyna-Rummel jetzt vorbei ist, da können wir uns nun mit der Tschechoslowakei über alle möglichen Dinge verständigen! Sonderbares Pech der polnischen Außenminister! Jedesmal, wenn freundliche Worte nach der Tschechoslowakei von Polen hinüberhallen, schallt es unangenehm zurück. So war es, als Herr Seyda vor einem Jahre seine liebenswürdigen Aufforderungen an die Tschechoslowakei richtete und es aus dem Blatte des tschechischen Außenministers Benesch so sackgrob echote. Und so ist es heute wiederum. Polen hat mit der Tschechoslowakei kein Glück.

Die heutige Sejmsitzung stand schon ganz im Zeichen des Feiertags. Die nächste Sitzung wird erst am Dienstag stattfinden. Es wurde des längeren über das Gesetz beraten, das die Verpflichtungen der Soldaten festlegt. Von ukrainischer Seite wurde der Antrag gestellt, daß der Fahneneid in der Muttersprache der Soldaten geleistet werden dürfe. Auch ein Eid für Mohammedaner war in diesen Antrag eingeschlossen. Es gibt nämlich eine mohammedanische Gemeinde in Polen bei Nowo-Grodek. Dieser tolerante Antrag wurde abgelehnt, trotzdem sogar in russischer Zeit der Eid in der Muttersprache abgelegt werden konnte! Zu Beginn der Verhandlungen hatte der Kommunist Królikowski ausgeführt, daß das Gesetz dem Soldaten alle Rechte nehme, was zu lebhaften Widersprüchen des Sozialisten Kwapinski führte. Als er ausrief: „Ihr Kommunisten wollt lediglich, daß die Existenz des polnischen Staates ohne Schutz bleibe!", kam es zu einer so heftigen Schimpferei zwischen Sozialisten und den wenigen Kommunisten, daß der Marschall für 5 Minuten die Sitzung unterbrach.

Staatsbürgerrecht.

Der Oberste Verwaltungsgerichtshof hat vor kurzem in einer Klagesache auf Anerkennung des polnischen Staatsbürgerrechts eine Entscheidung getroffen. Es wurde Frau Heidi Naue in Tarnowo, Kujawien, das polnische Staatsbürgerrecht aberkannt. Sie legte auf dem vorgeschriebenen Instanzenwege (Starostwo, Wojewodschaft, Ministerium des Innern) Berufung ein. Nach Ablehnung der Berufung klagte sie beim Obersten Verwaltungsgerichtshof. Der Oberste Verwaltungsgerichtshof erkannte die Begründung der Klage an, verwarf die Entscheidung der Verwaltungsbehörden und verwies die Angelegenheit zur nochmaligen Entscheidung an die erste Instanz zurück. Die Gründe, auf welche Frau Naue ihr Staatsbürgerrecht stützt — Geburt in Tarnowo, dauernder Aufenthalt daselbst) sind von den Vorinstanzen gar nicht geprüft und in die Begründung dieser Entscheidung aufgenommen worden.

Liquidation.

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen das Liquidationskomitee in Posen die Liquidierung von Gütern, Rechten und Interessen polnischer Staatsbürger beschließt. Die durch den Ministerrat gemachten Zusagen, die Liquidierungen solcher Personen, deren polnisches Staatsbürgerrecht zweifelhaft ist, bis zur endgültigen Entscheidung über die Staatszugehörigkeit hinauszuschieben, bleiben vom Liquidationskomitee in Posen unbeachtet. Bei allen solchen in Frage kommenden Liquidationsbeschlüssen wird dringend folgendes Verfahren empfohlen: Der zu Liquidierende erhebt bei dem Liquidationskomitee in Posen unter ausreichender Begründung gegen die Liquidierung seines Vermögens Einspruch. Auf den ablehnenden Bescheid steht ihm das Recht der Klage bei dem Obersten Verwaltungsgerichtshof in Warschau zu. Die Klage ist innerhalb einer Frist von 60 Tagen, vom Tage der Aushändigung des ablehnenden Bescheides gerechnet, am besten von einem Rechtsanwalt einzubringen.

Alle Bürger gleichberechtigt.

Interpellation

des Abgeordneten Kraczyrski und Kollegen von der Deutschen Vereinigung im Sejm an den Herrn Ministerpräsidenten wegen einseitiger Bevorzugung von polnischen Bürgern bei der Ernennung der Verwaltungskommission in Kattowitz durch den schlesischen Wojewodschaftsrat.

Aus der Plebiszitzeit waren in den Städten Oberschlesiens Stadtverordnetenversammlungen tätig, die ihren Obliegenheiten in gerechter Weise nachkamen. Durch Ab- und Zuwanderung hatte sich die Zusammensetzung der Bevölkerung verschoben, so daß der Schlesische Sejm im Jahre 1923 den Beschluß faßte, daß der Wojewode das Recht haben sollte, die bestehenden Stadtverordnetenversammlungen aufzulösen. Der Wojewodschaftsrat sollte in diesen Fällen in den größeren Städten eine Kommission von sieben Mitgliedern ernennen, welche die Stadtverordnetenversammlungen ersetzen sollten.

Auf Grund dieses Beschlusses des Schlesischen Sejms löste der Wojewode Dr. Koncki die Stadtverordnetenversammlung in Kattowitz vor etwa zwei Monaten auf.

Bei der Ernennung der Siebener-Kommission mußte auf die völkische Zusammensetzung der Bewohner von Kattowitz unbedingt Rücksicht genommen werden. — Die letzten Wahlen wurden für den Senat am 12. November 1922 getätigt. Dabei wurden in Kattowitz 6340 polnische und 9829 deutsche Stimmen für den Senat abgegeben. Das Verhältnis war 1 : 2. — Im Gegensatz zu diesem Wahlergebnis hat der Wojewodschaftsrat, der sich zum größten Teil aus Vertretern der in den Schlesischen Sejm gewählten Parteien zusammensetzt, für die Siebener-Kommission fünf Bürger polnischer und zwei deutscher Zunge gewählt.

Bei der Verpachtung des städtischen Theaters will nun diese polnische Mehrheit der Siebener-Kommission dem deutschen Volksteil in Kattowitz, trotzdem er immer noch die Mehrheit besitzt, einen einzigen Tag in der Woche überlassen, dazu noch unter der Bedingung, daß die deutsche Theatergemeinde der polnischen die Wiedergabe von polnischen Stücken an einem Wochentage in deutschen Theatern jenseits der Grenze möglich macht. Das kommt dem Ausschluß der Deutschen gleich, die bis jetzt ein eigenes Ensemble hatten, und auf Grund des Beschlusses

der aufgelösten Stadtverordnetenversammlung abwechselnd mit den polnischen jeden zweiten Tag spielten. Bei den sachlichen Ausgaben der Stadt für das Theater mußten die Deutschen mehr als die Hälfte zahlen.

Über diesen Beschluß der Siebener-Kommission herrscht große Erbitterung in der Stadt. Beide deutsche Mitglieder der Kommission haben ihre Ämter niedergelegt. Selbst wenn man die Zuwanderung nach Kattowitz in den letzten zwei Jahren berücksichtigt, müßte die Siebener-Kommission entsprechend dem Verhältnis beider Volksteile aus vier deutschen und drei polnischen Mitgliedern bestehen.

Wir fragen daher den Herrn Ministerpräsidenten an:

1. Ob er die einseitige Bevorzugung des polnischen Bevölkerungsteiles bei der Wahl der Siebener-Kommission, die im Widerspruch zur Verfassung steht, billigt,

2. welche Maßnahmen er zu treffen gedenkt, um dieses Unrecht wieder gut zu machen.

Warschau, den 27. Mai 1924.

Die Interpellanten.

Das Martyrium der polnischen Arbeiter in Frankreich.

Mißbräuche, Vergewaltigung, Schikanen.

Im „Wychodźca“ (Auswanderer) steht ein Artikel, der geradezu erschütternd die unmenschliche Behandlung der polnischen Arbeiter in Frankreich schildert. Wir bringen diesen Artikel als Zeichen dafür, wie kulturell hochentwickelt dieses Frankreich ist, das sich nicht scheut, selbst seine befreundeten Völker wie Kulis zu behandeln. Wir hören vieles darüber, wie man die deutschen französischen Gefangenen in Frankreich behandelt, wir erinnern uns an den Skandal der Fremdenlegion, der schon vor dem Kriege die Welt in Aufregung versetzte, und wir sehen hier, daß sich die Verhältnisse nicht gebessert, sondern verschlechtert haben. Selbst den befreundeten Nationen gegenüber, zu denen doch Polen gehört.

Der Artikel spricht für sich, darum soll er ohne besondere Hinweise bleiben. Die Verantwortung für diesen Artikel müssen wir freilich dem „Wychodźca“ überlassen.

„Im „Wychodźca“ finden wir eine sehr traurige Beschreibung der Geschicke des **polnischen Emigranten in Frankreich.** Aus dieser Beschreibung geht hervor, daß noch nicht alle Mittel ausgenutzt worden sind, um dem polnischen Auswanderer nach Frankreich angemessene Fürsorge zukommen zu lassen. Doch hoffen wir, daß dieser Artikel für das Emigrationsamt in Warschau der Antrieb dazu werden wird, daß man sich unserer Volksgenossen zwecks Verbesserung ihres Daseins energischer annimmt.

Die polnische Erwerbsemigration in Frankreich zählt heute **ungefähr 400 000 Personen.** Davon lebt mindestens die Hälfte in den beiden nördlichen Departements Nord und Pas de Calais. Lediglich diesem Teile der polnischen Arbeiteremigration wollen wir diesmal eine Reihe von Bemerkungen widmen. Die polnische Arbeiteremigration in Nordfrankreich setzt sich aus ungefähr 80 Prozent Bergarbeitern, außerdem aus Fabrikarbeitern, ländlichen Arbeitern, Arbeiter beim Kanalbau und Wiederaufbau des Landes und aus Hausbedienten zusammen. Ungefähr 50 bis 60 Prozent der dort beschäftigten Bergarbeiter sind aus Westfalen gekommen, während der Rest von Emigranten aus Polen gebildet wird. Dieses Verhältnis ändert sich ständig zugunsten der Landesemigration, die stark zunimmt. Trotzdem bilden die Westfalen vermöge organisatorischer Vorzüge und höchster Arbeitsleistung gegenwärtig den Kern unserer Arbeiteremigration in Nordfrankreich und werden ihn noch längere Zeit bilden. Das Zentral-Kohlenkomitee und französische landwirtschaftliche Organisationen besitzen in Polen zahlreiche inoffizielle Agenten, die die Arbeiter zur Ausreise nach Frankreich überreden, indem **sie ihnen goldene Berge versprechen.** Außerdem wirbt offiziell die auf Grund der polnisch-französischen Emigrationskonvention gegründete französische Mission polnische Arbeiter an.

In dieser Mission ist **kein einziger Vertreter der polnischen Regierung, und so haben denn die Franzosen freie Hand bei der Werbung polnischer Arbeiter, ohne irgend welche Kontrolle.** Man braucht sich deshalb nicht wundern, daß auf diesem Gebiete große Mißbräuche vorkommen. Die einzige Bedingung, die darüber entscheidet, ob der Kandidat von der französischen Mission nach Frankreich angenommen wird, ist Gesundheit und Körperkraft des sich meldenden Arbeiters. Man stellt zwar dem Arbeiter einige Fragen, die nachweisen sollen, ob er fachliche Vorbildung besitzt; da sich aber diese Fragen stets wiederholen, weiß jeder, der sich zur Arbeit nach Frankreich meldet, von vornherein, was er zu antworten hat.

Das gegenwärtige Werbesystem, **ohne Kontrolle der polnischen Regierung, führt zu zahlreichen Mißbräuchen bei den Personaldokumenten, Pässen usw.** So reist denn neben wirklichen Arbeitern mit größter Leichtigkeit eine ganze Masse von sehr verdächtigen Leuten mit, die in der Emigration der guten Meinung des polnischen Arbeiters schaden. Jetzt wird im Ergebnis der Pariser Verhandlungen über eine neue polnisch-französische Emigrationskonvention eine Änderung zum Besseren erwartet, da die Umgestaltung der Werbemission in Posen im Sinne der polnischen Postulate bereits entschieden worden ist. Der bisherige Stand der Dinge verriet wahrlich große Unzulänglichkeiten. Die von der Mission in größeren Partien verpflichteten Arbeiter begeben sich nach Danzig, von wo sie nach Dünkirchen geschafft werden. Dieser Transport geht unter **geradezu furchtbaren Bedingungen vor sich,** besonders in hygienischer Hinsicht. Das Schiff nimmt oft **1500 Arbeiter** auf, obwohl sein Fassungsvermögen **auf kaum die Hälfte dieser Passagierzahl berechnet ist.** Männer, Frauen und Kinder sind in schmutzigen und engen Kajüten zusammengepreßt und vegetieren in Schmutz und Stickluft vier und manchmal fünf und sechs Tage. Über den Eßtischen werden manchmal feuchte Windeln getrocknet. Die Mehrzahl der Passagiere macht die Reise zum ersten Male. Wegen der Unkenntnis der französischen Sprache wird der Arbeiter vom Schiffsdienst auf Schritt und Tritt betrogen. **Zahlreiche Klagen über Vergewaltigung von Mädchen durch Seeleute während der Überfahrt werden gemacht.** Auf dem Schiffe ist leider niemand von den polnischen Behörden, der sich diesen **skandalösen Übergriffen entgegenstellt.** Das Schiff kommt nach Dünkirchen. Die Emigranten werden ans Land geworfen. Keine Baracke und keine Kantine (in der letzten Zeit soll für die Emigranten ein Hangard bestimmt worden sein). **Wenn es also regnet, dann stehen die Auswanderer draußen im Regen und Schmutz, und warten, bis der Zug kommt. Das dauert manchmal einen halben Tag und länger.**

Um die Emigranten drehen sich verschiedene Abenteurer herum, die den armen, ratlosen Arbeiter, der die Landessprache nicht kennt, buchstäblich zerlumpen. Den Reisenden dritter Klasse, also den Emigranten, gibt die Schiffahrtsgesellschaft in Danzig keine Quittung für großes Gepäck. In Dünkirchen werden alle Sachen auf die Mole geworfen, und dann soll jeder seine Sachen zusammensuchen. Es kommt häufig vor, daß die „unternehmungslustigen“ Passagiere fremdes Gepäck nehmen. Es laufen zahlreiche Klagen und Reklamationen ein, von denen bisher keine einzige von der Schiffahrtsgesellschaft berücksichtigt worden ist. Nach langem Warten fährt der Arbeiter endlich nach seinem Bestimmungsort. Wenn er Bergarbeiter ist, dann nach einer Grube (häufig mit ganzer Familie). Hier zeigt sich, daß für Unterkunft nicht vorgesorgt wurde; denn die Grube schafft Arbeiter heran, **ohne Rücksicht darauf, ob Wohnung vorhanden ist oder nicht.** Endlich finden die Ankömmlinge nach langem Suchen Unterkunft bei Arbeitern, die schon längere Zeit am Orte sind, oder in wassertriefenden Baracken, die noch aus der Kriegszeit blieben. Nachdem der Arbeiter in der Grube eingetroffen ist, wird er noch einmal einer ärztlichen **Untersuchung** unterzogen (zum ersten Male wurde er von einem Arzt der französischen Mission in Polen untersucht).

Wenn der Arbeiter dem Grubeningenieur nicht gefällt, dann bezeichnet ihn der Grubenarzt als nicht gesund genug, und die Grube schickt ihn ohne Pardon nach Polen zurück, **ohne Rücksicht darauf, ob der Arbeiter nicht selten mit mehreren kleinen Kindern kam und alles in Polen liquidierte.** Wer vom Arzt als arbeitsfähig erkannt wurde, wird der Schicht zugeteilt, und hier erhält er, selbst wenn er ein erfahrener und der beste Bergarbeiter wäre, **die niedrigste Lohnkategorie.**

Jetzt erst beginnt ein stilles Martyrium täglicher Schikanen der französischen Steiger, des Grubendolmetschers, der sich reichlich bezahlen läßt, usw. usw. Nach gewisser Zeit findet der polnische Arbeiter ein besseres Unterkommen, und die Verhältnisse gestalten sich normaler. Ist er aus Westfalen, dann quält es ihn, daß er die Altersrente verliert, für die er jahrelang zahlte. Ist er aus Polen und hat seine Familie in Polen gelassen, dann möchte er ihr von Zeit zu Zeit etwas Geld schicken. **Dann wird er die leichte Beute von Überweisungsbänken, die, durch keine Kontrolle behindert, unsere Arbeiter unbarmherzig berauben.“**

Zeitgemäß.

In den „Wiadomosci Gospodarcze“ (Beilage der „Gazeta Powszechna“) lesen wir in Nr. 122 das folgende „Charakterbild“, das gewiß in weiten Kreisen Widerhall finden dürfte:

„Vor dem Kriege gehörte ich einigen Aufsichtsräten solide gegründeter und solide arbeitender Aktiengesellschaften oder Genossenschaften mit beschränkter Haftung an. Außerdem war ich Mitglied in dem Aufsichtsrat einiger außerhalb unseres Teilgebietes — in Deutschland — sich befindender Gesellschaften. Und das war noch in der Zeit, als die jetzigen Leiter mancher unser Institutionen noch kleine Beamte in unseren Genossenschaften oder Aktiengesellschaften waren. Und schon damals gingen sie, soviel es nur möglich war, auf eigene Geschäfte aus, wie mir das mitunter Direktoren der betreffenden Institutionen beim Glase Bier oder Wein bei Pfitzner oder Cichowicz ausplauderten.

Das waren noch arkadische Zeiten, als man als Mitglied der Revisionskommission — ich und Direktor Dr. Mieczkowski z. B. — für seine Mühe und Arbeit 20 Mark erhielt. Und dennoch waren wir vollkommen zufrieden. Für viermalige Reisen nach Deutschland betrugen die ganzen Tantiemen für den Aufsichtsrat bei einem Kapital von 1 200 000 M. — 460 M. Und uns träumte nicht einmal davon, mehr zu verlangen. Wir müssen uns wundern, daß heute angesichts der übermäßig hohen Tantiemen für die Verwaltung und Aufsichtsräte die Aktionäre so still sind, und sich wie Hammel scheren lassen.

In vielen, sehr vielen Fällen übertreffen die Gewinnanteile der Verwaltung und der Aufsichtsräte — in manchen Gesellschaften — das Dreifache dessen, was an Dividenden an alle Aktionäre verteilt wird. Und es muß noch hinzugefügt werden, daß die Herren Direktoren durch ihre wahnsinnigen Gehälter, durch Reise- und Empfangsspesen schon von vornherein jeden Gewinn unmöglich machen. Alles das wird übrigens als Betriebskosten eingetragen.

Die Herren Direktoren und Aufsichtsräte erhalten bereits valutafeste Gehälter und Gewinnanteile, die Aktionäre dagegen müssen sich mit Dividenden begnügen, die nach dem niedrigsten Stande der polnischen Mark berechnet sind.

Beispiel: Es gibt eine Gesellschaft, die bisher überhaupt noch keine bemerkenswerten Erfolge ihrer Tätigkeit aufzuweisen hat. In diesen Tagen fand eine Sitzung des Aufsichtsrates statt, in der man für die beiden Direktoren — bei einem Gründungskapital von 300 Millionen Mark — 700 Złoty Monatsgehalt bewilligte. Aber im Aufsichtsrat sitzt der Schwager des Herrn Direktors und der Freund seines Schwagers. Die Opposition war also fruchtlos. Was für ein Ende findet diese Gesellschaft? Liquidation nicht nur nach dem geplanten neuen Gesellschaftengesetz, sondern sogar eine zwangsmäßige. Wie schneiden dabei die Aktionäre ab? Darauf mögen die maßgebenden Organe antworten. Und solche Fälle, in denen Verwaltung und Aufsichtsräte sich auf Kosten der ahnungslosen Aktionäre bereichern, **kann man in Zehnern anführen.**

„Es ist schrecklich, über dieses Fell zu schreiben,“ sagt unser großpolnischer Dichter Sebastian Klonowicz im „Worek Judaszów“, — und wir fügen hinzu, daß das, was in unseren Aktiengesellschaften vor sich geht, bereits ironisches Lächeln im Auslande hervorruft.

Der beste Beweis dafür ist, daß ausländische Vertreter, die mit einem beträchtlichen Kapital in eine unserer wichtigsten Institutionen eintreten wollten, sich zurückzogen, weil sie nicht nur von der Rentabilität der Unternehmung, sondern auch von der Leistungsfähigkeit der betreffenden Gesellschaft keine Überzeugung gewinnen konnten.“

Republik Polen.

Vom Senat.

Der Senat lehnte in seiner Mittwochsitzung nach kurzem Referat des Senators Żubowicz von der Wyzwolenie-Gruppe die Auslieferung des jüdischen Senators Wurcel ab. Darauf wurde unverändert das Gesetz angenommen, das die Gültigkeitskraft des Genossenschaftsgesetzes vom Oktober 1920 und alle späteren Gesetze, die das Genossenschaftswesen betreffen, auf den oberschlesischen Teil der schlesischen Wojewodschaft ausdehnt. Zum Schluß wurde nach kurzem Referat des Senators Kasznica von den Christlich-Nationalen der Gesetzentwurf über die Ausdehnung der Gültigkeitskraft des Gesetzes über den höchsten Verwaltungsgerichtshof auf das Gebiet der schlesischen Wojewodschaft unverändert angenommen.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, dem 5. Juni, statt.

Vertrauensfrage im Haushaltungsausschuß.

Während der Mittwochsitzung des Haushaltsausschusses wurde im Verlauf der Aussprache über das Projekt der Finanzgesetze unerwartet die Vertrauensfrage aufgeworfen. Der Vizeminister Markowski erklärte nämlich während der Diskussion über den Artikel, der die Berechtigungen des Finanzministers bei der Zuweisung von Krediten an andere Minister festsetzt, daß die Annahme des Gesetzes eine Vertrauensfrage sei. Das Gesetz wurde mit 10 gegen 8 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten nach der „Agencja Wschodnia“ die Sozialisten, die Wyzwolenie-Gruppe und die nationalen Minderheiten.

Steuereingänge.

In der vergangenen Woche, vom 19. bis zum 24. Mai, sind aus rückständigen Anzahlungen auf die Vermögenssteuer in den Finanzkassen 761 665 Złoty eingelaufen, und zwar von der Landwirtschaft 467 782 Złoty, von Industrie und Handel 293 883 Złoty. Bisher sind an Vermögenssteuern 103 783 153 Złoty eingenommen worden, die sich zu fast gleichen Teilen auf Industrie und Handel einerseits und Landwirtschaft andererseits verteilen.

Verfrühte Mutmaßungen.

In politischen Kreisen sind verschiedene Gerüchte über die neuen Regierungsvollmachten verbreitet. Die Frage ist einstweilen insofern inaktuell, als der Ministerrat noch keine entsprechende Vorlage ausgearbeitet hat. Somit sind alle Mutmaßungen hinsichtlich der Stellungnahme der einzelnen Parteien verfrüht. Man weiß nur positiv, daß der nationale Volksverband entschieden gegen die Verlängerung der Vollmachten bezüglich der direkten Steuern ist.

Die Entlassung der Landarbeiter.

Der Leiter des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums hat auf eine Interpellation des Abg. Wilczyński von der Nationalen Arbeiterpartei über die Entlassung von Landarbeitern der westlichen Wojewodschaft zum 1. April an den Sejmmarschall ein Schreiben gerichtet, aus dem hervorgeht, daß die Entlassungen keineswegs katastrophalen Umfang hatten und eine sich alljährlich wiederholende Erscheinung sind. Viele Arbeitgeber hätten die Angestellten in Unkenntnis der Vertragsbedingungen entlassen, um nach Festlegung dieser Bedingungen die Entlassungen zum größten Teil oder ganz zurückzunehmen, je nach der Normhöhe des neuen Vertrages und den wirtschaftlichen Erfordernissen. Letztens habe das Arbeitsinspektorat ganz beruhigende Mitteilungen bezüglich des Standes der Arbeitslosigkeit in den beiden westlichen Wojewodschaften Posen und Pommerellen gemacht.

Die angeblichen Massenentlassungen hätten faktisch keine Arbeitslosigkeit verursacht und sie auch nicht vergrößert. Der Leiter des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums betont dann, daß er entsprechende Maßnahmen getroffen habe, die die Vertretung fehlender Arbeitskräfte in den westlichen Wojewodschaften durch Zeitarbeiter aus anderen Wojewodschaften ermöglichen sollen.

Aus dem schlesischen Sejm.

Der schlesische Sejm nahm in seiner letzten Sitzung die Dringlichkeit eines Antrages des Abgeordneten Rakowski an, in dem es heißt: „Der schlesische Sejm erwartet von der Zentralregierung, daß sie durch Sachverständige eine eingehende Revision der Unternehmen der schlesischen Großindustrie anordnet und, wenn es sich zeigt, daß die Wirtschaft nicht die Linie der Staatsinteressen einhielt, besondere Kommissare zur Ausübung einer ständigen und eingehenden Aufsicht delegiert. Der Antragsteller motivierte seinen Antrag damit, daß sich in der Großindustrie Abneigung gegen die Verpflichtungen von polnischen leitenden Kräften und eine fehlerhafte Geldpolitik offenbart habe, die darauf beruht hätte, daß Kapitalien nach dem Auslande geschafft wurden.

Deutschland geistiger Mittelpunkt Europas.

Polnische Studenten in großer Zahl.

Die Zusammenstellung über die Anzahl der Ausländer, die im Wintersemester 1923/24 auf deutschen Universitäten und Hochschulen studierten, ist ein interessanter Beweis dafür, daß Deutschland trotz seiner politischen Isolierung doch wieder beginnt, seine alte Anziehungskraft in geistiger Hinsicht auszuüben. Es haben im letzten Wintersemester **14 252 Ausländer** in Deutschland studiert, wobei nur diejenigen gezählt sind, die bei deutschen Universitäten bezw. Hochschulen immatrikuliert waren. Außer diesen Immatrikulierten wird noch eine erhebliche Zahl von Studierenden sich in Deutschland aufgehalten haben, die sich nicht förmlich als Studenten haben einschreiben lassen.

Es ist besonders interessant, den Anteil der östlichen, insbesondere der nach dem Weltkriege neu entstandenen Oststaaten an der Studentenzahl zu kennen. Den größten Anteil von allen Ländern hat das verhältnismäßig kleine, aber aufstrebende Bulgarien mit **2122**, ihm folgen die Tschechoslowakei mit **1284** und Rumänien mit **1180**, Ungarn mit **610** und Jugoslawien mit **480** Studierenden. Von den Randstaaten sandten Lettland **665**, Litauen **576**, Estland **396**, Finnland **149**. Rußland stellte **840** Studenten.

Aus Polen studierten an deutschen Hochschulen die beträchtliche Zahl **von 549 Studenten.** Diese Zahl ist ein augenscheinlicher Beweis dafür, daß alle die Nachrichten polnischer Zeitungen, **die von Bedrückungen und Belästigungen polnischer Staatsbürger in Deutschland immer wieder zu melden wissen den Tatsachen nicht entsprechen, sonst würden wohl kaum so viele polnische Studenten sich in Deutschland aufhalten.** Alle diese Studenten halten sich monate- wenn nicht jahrelang unangefochten in Deutschland auf und erhalten ohne große Schwierigkeiten die Genehmigung zur Einreise. Wie schwer wird es dagegen deutschen Staatsbürgern gemacht, die auch nur zu einer kürzeren Reise hierher kommen wollen, die Einreise zu erreichen.

Im Kampf um das Staatsbürgerrecht

Eine interessante Entscheidung in Prag.

Unser Prager Berichterstatter berichtet:

Vor dem Obersten Verwaltungsgericht fand unter Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Kindl die Verhandlung über eine sehr interessante, von Dr. Wien-Claudi in einer Staatsbürgerschaftsangelegenheit eingebrachte Beschwerde statt.

Beschwerdeführer ist Dr. Alexander Schilling, der seinerzeit Mitglied der Prebiszitkommission für Schlesien war und dem für seine Propaganda für eine Abstimmung zugunsten der Tschechoslowakei, wofür damals alle deutschen Parteien des Prebiszitgebietes eintraten, nach Intervention aller deutscher Parlamentarier beim Minister Dr. Benesch und dem jüngst verstorbenen Gesandten Tusar die Staatsbürgerschaft am 22. April 1920 verliehen wurde, nachdem ihm bereits früher für diesen Fall Aufnahme in den Heimatsverband der Stadt Teplitz zugesagt worden war. Er legte am 28. April den Staatsbürgereid ab und spendete 500 Kronen für das tschechoslowakische Rote Kreuz. Nach erfolgter Abstimmung und Inkrafttreten des Staatsbürgerschaftsgesetzes vom 9. April 1920, das am 21. April kundgemacht wurde, erhielt Schilling jedoch die Aufforderung, auf Grund des § 9 dieses Gesetzes binnen einer bestimmten Verfallsfrist und unter Sanktion des Staatsbürgerschaftsverlustes nochmals um Verleihung der Staatsbürgerschaft anzusuchen.

Schilling kam der Aufforderung unter Protest nach, doch wurde das Gesuch nun abschlägig beschieden und ihm die früher verliehene Staatsbürgerschaft entzogen.

Gegen diese Entscheidung des Innenministeriums brachte Schilling durch Dr. Ludwig Brixel (Mährisch-Ostrau) die Beschwerde ein. Dessen Substitut Dr. Wien-Claudi, führte heute etwa folgendes aus: Wenn auf dem Gebiete des Zivilrechts eine Handlung gegen die guten Sitten verstößt, der Übung des redlichen Verkehrs widerspricht und den Grundsatz von Treu und Glauben verletzt, so ist es Pflicht des Richters, unter Hintansetzung allen Formalismus eine Entscheidung zu fällen, die das verletzte Rechtsgefühl befriedigt; **denn Recht ist formalisierte Sittlichkeit.** Das Bürgerliche Gesetzbuch nennt juristische Personen auch moralische Personen, und der Staat ist moralische Person par excellence.

Hierauf erzählte der Vertreter der Beschwerde noch einmal den Fall ganz ausführlich und verwies darauf, daß die nachträgliche Entziehung der einmal aus politischen Gründen und als Äquivalent für eine Gegenleistung verliehene Staatsbürgerschaft **schon nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen und vom Gesichtspunkt der öffentlichen Moral zu perhorreszieren sei.** In rechtlicher Beziehung bekämpfe er die Entscheidung aus folgenden Gründen:

1. Die Entscheidung enthält zwei Aussprüche, und zwar: die Abweisung des nach § 9 überreichten Staatsbürgerschaftsgesuches und zweitens den Ausspruch, daß die bereits verliehene Staatsbürgerschaft erloschen sei. Mag auch der erste Teil der Entscheidung Ermessungsentscheidung sein, der zweite Teil ist es sicher nicht. Infolgedessen muß dieser zweite Teil unter allen Umständen begründet sein, und **der Mangel jeder Begründung rechtfertigt den Vorwurf der Gesetzwidrigkeit und des mangelhaften Verfahrens.**

2. Die Entscheidung verletzt den Grundsatz der Rechtskraft; denn die Entziehung eines rechtskräftig verliehenen Rechtes kann nur unter bestimmten gesetzlichen Voraussetzungen erfolgen.

3. Der § 9 des Staatsbürgerschaftsgesetzes bezieht sich mit Rücksicht auf die allgemeinen Bestimmungen des § 3 der Systematik und den Zweck des Gesetzes nur auf die ipso jure erworbene Staatsbürgerschaft, nicht aber auf den Erwerb durch Verleihung. Die Verleihung der Staatsbürgerschaft sei wie Laband sagt, ein zweiseitiges öffentliches Rechtsgeschäft, das eine einseitige Entziehung eines durch übereinstimmenden Willen erworbenen Rechtes grundsätzlich ausschließt.

4. Der § 1 enthält in Ansehung des Heimatsrechtes einen terminus a quo, jedoch keinen terminus ad quem. Dieser sei aber selbstverständlich, wenn man nicht absurde Konsequenzen in Kauf nehmen wolle. Es gilt in dieser Beziehung der Zeitpunkt der Wirksamkeit des Gesetzes als Endtermin. Das Heimatsrecht

hat aber der Beschwerdeführer erst nach diesem Termin (das Gesetz trat, wie erwähnt, am 21. April 1920 in Kraft, die Staatsbürgerschaft wurde Schilling erst am 22. April verliehen) erworben; denn das Heimatsrecht wird nicht durch bedingte Zusicherung der Verleihung, sondern erst durch den Beschluß erworben, durch den die Stadtvertretung das zugesicherte Heimatsrecht wirklich verleiht. Das gehe auch aus dem Heimatsgesetz und aus der Geschichte der Praxis dieses Gesetzes unzweideutig hervor.

5. Die Staatsbürgerschaft wurde vom Ministerium des Äußern verliehen; daher ist die politische Landesverwaltung nicht zuständig, ein von diesen Behörden verliehenes Recht zu entziehen.

6. Endlich verstoße die Entscheidung gegen den Minoritätenschutzvertrag, welcher gleiche Behandlung der Minoritätenvölker nicht nur en droit, sondern auch en fait vorschreibt. Der § 9 des Staatsbürgerschaftsgesetzes sei aber gegen Angehörige des Staats- und Herrenvolkes niemals in dieser Weise angewendet worden.

Der Vertreter des Ministeriums, Ministerialrat Dr. Haudek, wiederholte die in der Gegenschrift enthaltenen Ausführungen und berief sich darauf, daß eine nachträglich festgestellte politische Unzuverlässigkeit dessen, dem die Staatsbürgerschaft verliehen wurde, die Behörde berechtige, die bereits erteilte Staatsbürgerschaft wieder zu entziehen. (!)

Nach eineinhalbstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende die Entscheidung, die der Beschwerde stattgab und die angefochtene Entscheidung als gesetzwidrig aufhob. In der Begründung schließt sich das Gericht vollkommen den Ausführungen Wien-Claudis an und verweist noch auf einige Rechtsgründe, die bereits im Erkenntnis des Obersten Verwaltungsgerichts vom 10. Januar 1924, Zahl 10 138, enthalten sind. Die Frage, ob durch einen Verwaltungsakt verliehene Staatsbürgerschaft durch das Gesetz vom 9. April 1920 annulliert werden könne, müsse verneint werden, denn es sei mit der Souveränität eines Staates unvereinbar, anzunehmen, er könne nicht aus freiem Ermessen die Staatsbürgerschaft auch mit zukünftiger Gültigkeit verleihen.

Beneschs neuester Vertrag.

(Von unserem Prager Mitarbeiter.)

Dr. Sch. Wie einst Herolde hohen Würdenträgern voranschritten, um deren Ankunft zu verkünden, so schreitet heute das Dementi der wirklichen, aber nicht eingestandenen Absicht der Diplomaten voran, so daß man fast mit mathematischer Gewißheit vom Dementi auf die Richtigkeit der in Abrede gestellten Tatsachen schließen kann. So war es auch, als man die Reise des tschechischen Außenministers nach Italien mit Vertragsabsichten in Zusammenhang brachte. Man bestritt diese Absichten und erklärte, es handle sich nur um wirtschaftliche und finanzielle Besprechungen. Es wurde sogar die „Neue Freie Presse" bemüht, die sich einen Artikel des italienischen Senators Dr. Cirneni verschrieb, der haarscharf bewies, daß von einem Vertrage zwischen der Tschechoslowakei und Italien nicht die Rede sein könne. Ja, zu einer Zeit, da bereits der Vertrag die Unterschrift des Dr. Benesch trug, erzählte dieser noch dem Herausgeber des „Prager Tageblattes", daß es sich nicht um einen „neuen Pakt von Rom" handle, sondern lediglich um eine „Collaboration cordiale", die wirtschaftliche Fragen behandle. Man hat also die Maskierung der wahren Absichten bis zum letzten Augenblick, wohl schon aus dem Grunde, weil seit dem Kriegsende die Geheimdiplomatie zu den Fabelwesen gehört. Diese Feststellungen sind deshalb von Bedeutung, weil Dr. Benesch auch die Absicht, einen kontinentalen, gegen Deutschland gerichteten Block zu schaffen, entschieden bestreitet. Ich glaube zwar an diesen kontinentalen Block in seinem ganzen Umfang auch nicht, aber nicht deshalb, weil Dr. Benesch diese Absichten bestreitet, sondern deshalb, weil dieser Block an inneren Schwierigkeiten scheitern würde.

Was den neuen Vertrag selbst anbelangt, so enthält er, als Einzelwesen betrachtet, nichts Absonderliches, noch Besorgniserregendes. Ob er militärische Klauseln enthält oder nicht — letzteres wird behauptet —, ob er als „Entente" oder nur als „Collaboration" angesprochen werden kann, ist gleichgültig, all das ist nur ein Spiel der Worte. Das Wesentliche des Vertrages besteht eben darin, daß er ein Teil eines ganzen Systems ist, das dazu dient, wie es in dem Vertrage heißt, den Frieden von St. Germain, Trianon und Neuilly bzw. Versailles zu erhalten und auf dieser Grundlage die Konsolidierung Mitteleuropas durchzuführen. Die ungarische Presse hat sofort richtig erkannt, wo dieser Vertrag hinausläuft. Es handelt sich um eine Niederhaltung der besiegten Staaten, auf daß nicht Revanchegelüste diese anwandeln. Fast zugleich mit der Zusammenkunft Benesch-Mussolini fand auch eine Zusammenkunft zwischen Mussolini und den belgischen Ministern in Mailand statt. Der Draht berichtet bereits, es sei ein Einvernehmen in der Reparationsfrage erzielt worden. Hier sind offenbar Zusammenhänge vorhanden. Bekanntlich wich der italienische Standpunkt vom französisch-belgischen in der Frage der Reparationen ab; es war die Gefahr vorhanden, diese verschiedenen Auffassungen nicht mehr unter einen Hut bringen zu können, wodurch sich natürlich die Lage Deutschlands gebessert hätte. Trotzdem nun die Tschechoslowakei die regsten Handelsbeziehungen zu Deutschland unterhält, Dr. Benesch selbst wiederholt von den korrekten, ja freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland sprach, geht nichts so sehr der Tschechoslowakei gegen den Strich, als wenn Deutschland sich auch nur ein wenig aus seiner trostlosen Lage aufraffen würde. Schon aus diesem Grunde war Benesch immer bemüht, zwischen den alliierten Protektoren seines Staates zu vermitteln. So lange er nur Verbündeter Frankreichs war, wurde er in Italien mit schelen Augen angesehen, da die latinische Schwester selbst manch unbeglichene Rechnung Frankreich gegenüber hat. Wollte also Benesch bei seiner Vermittelungstätigkeit nicht einseitig als der Sekundant Frankreichs erscheinen, so mußte er sich dem italienischen Bündniskreis nähern. Dies ist durch den Vertrag mit Rom geschehen. Die Vereinbarungen von Mailand dürften bereits eine Auswirkung der Vermittlertätigkeit des tschechoslowakischen Außenministers sein. Der Sturz Poincarés, die Linksorientierung Frankreichs, Ereignisse, die beide in den maßgebenden Prager Kreisen begrüßt wurden, haben Dr. Benesch seine Sendung erleichtert. Sein Ehrgeiz dürfte jedoch bei dem Pakt von Rom nicht Halt machen und einen Pakt von London ins Auge fassen, obwohl er in Großbritanniens Metropole bereits einmal abgeblitzt ist. Hinter diesen Reisen des Außenministers der Tschechoslowakei, hinter seiner oft lächerlich anmutenden Geschäftigkeit, türmt sich aber ein Kontinentalblock auf, dessen erste Konturen durch alle Schleier und Hebel der Geheimdiplomatie bereits sichtbar werden. In dieser Hinsicht ist die Tätigkeit eines Benesch viel gefährlicher als die politische Abenteurerromantik eines Poincaré. Letzterer hat die Stimmung für Deutschland verbessert. Das Gespenst eines Benesch nährt wieder die feindlichen Kräfte Deutschlands und ist geeignet, dieses Land dermaßen einzukreisen, daß es nur mehr als Objekt, nicht mehr als Subjekt europäischer Politik in Betracht kommt. Man unterschätzt nicht die Tätigkeit eines Benesch deshalb, weil sie auf den Gummisohlen einer feinen Diplomatie daherschleicht, statt im Harnisch des militaristischen Politikers zu erklirren.

Die nächste Absicht des tschechoslowakischen Außenministers bei dem Vertragsabschluß mit Rom dürfte allerdings nicht Deutschland, sondern Ungarn gegolten haben. Italien galt bis zur Stunde als der Protektor Ungarns, weil es Ungarn als Rückendrohung für Südslawien brauchte. Bei der geographisch ungünstigen Lage der Tschechoslowakei und bei der für Prag keineswegs günstigen Stimmung in der Slowakei konnte ein von Italien gefördertes und unterstütztes Ungarn für die Tschechoslowakei ungemütlich werden. Wenn seinerzeit Dr. Benesch das italienisch-südslawische Bündnis begrüßte, so nicht zuletzt deshalb, weil er ganz richtig vermutete, daß nun Italien Ungarn fallen lassen werde. Heute hat Benesch dieses Ziel erreicht, durch den Pakt mit Rom hat Italien seine Hand von Ungarn zurückgezogen. Benesch ist mit seinen Plänen ein gutes Stück weitergekommen.

Die politische Lage in Deutschland.

Die erste Reichstagssitzung abgebrochen. — Kommunisten und Völkische. — Die zweite Sitzung. — Abg. Wallraf Reichstagspräsident.

Die erste Sitzung des neuen Reichstages war eine Sitzung, wie sie im Deutschen Reichstage nicht allzu oft vorgekommen ist. Der Alterspräsident war der alte Sozialist Bock-Gotha, der ziemlich hilflos vor dem brandenden Meere des neuen Reichstages saß. Die Kommunisten begannen mit einem ungeheuren Tumult, mit Autohupen, Pfeifen, Deckelklappern und den hysterischen Rufen: „Heraus die politischen Gefangenen!" Während des Namensaufrufes werden die verschiedensten Radauszenen aufgeführt, die geradezu beschämend sind. Sobald ein Kommunist aufgerufen wird, der nicht anwesend ist, wird immer der Ruf angestimmt: „Heraus die politischen Gefangenen!" Großer Sturm erhebt sich, als der Name Ludendorffs aufgerufen wird. Ein Chor von Schimpfworten ergießt sich sofort, unter denen man deutlich das Wort „Hochverräter" hört. Die Nationalsozialisten rufen „Heil!" Ludendorff selbst steht mit verschränkten Armen da und lächelt, indem er sich in einem fort nach rechts und links verbeugt. Dabei erschallt plötzlich von links großes Gelächter, weil der Kommunist Scholem eine blaue Brille in die Luft hebt und sie dann auf den Tisch des Hauses niederlegt. Nach diesem Zwischenfalls geht der Aufruf der Namen weiter.

Beim Namen des preußischen Innenministers Severing schreien die Kommunisten: „Nieder mit dem Bluthund, dem Verräter von Bielefeld!" Der rechtssozialistische Abgeordnete Sollmann wird folgendermaßen begrüßt: „Sind Sie noch nicht drüben bei den Deutschvölkischen?" Beim Aufruf des Namens Tirpitz gellen schrille Pfiffe. Als der Namensaufruf, der etwa eine halbe Stunde dauert, mit dem Namen Zubeil geschlossen hat, ruft ein Kommunist: „Da ist ein schöner Stall beisammen!"

*

Die Geschäftsordnungsdebatte beginnt. Kommunist Katz verlangt sofort die Beratung über die Haftbefreiungsanträge. Zugleich protestiert er schreiend gegen die bewaffnete Polizei in den Wandelgängen und Vorräumen des Reichstags.

Dittmann (Soz.) verliest eine Erklärung der Fraktion, worin er fordert, daß nach den Wahlen der Ausschüsse und des Reichstagspräsidenten die Sozialdemokraten dafür stimmen würden, alle Strafverfahren gegen die verhafteten Reichstagsmitglieder aufzuheben. Der Kommunist Scholem: „Es ist die vornehmste Aufgabe des Parlaments, die Abgeordneten in Freiheit zu setzen, die von der Regierung dieser Schieberrepublik verhaftet worden sind!"

Der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach verweist auf die Geschäftsordnung und erklärt es für unzuläßig, daß vor der Wahl des Präsidiums sachliche Anträge beraten werden.

Der Alterspräsident Bock schließt sich dieser Meinung an.

Der nationalsozialistische Führer v. Graefe widerspricht dieser Auffassung. Er beantragt, an die erste Stelle der morgigen Tagesordnung die Haftentlassungsanträge zu setzen, da der Reichstag erst voll besetzt sein müsse.

Der Kommunist Koenen stellt den Zusatzantrag, außerdem noch die Anträge auf Befreiung aller politischen Gefangenen, auf Aufhebung des Ausnahmezustandes und auf Aufhebung des Verbots der „Roten Fahne" vor der Wahl des Präsidiums zu erledigen.

Da keine Aussicht scheint, daß das Haus demgemäß beschließt, besteigt der Kommunist Thälmann die Tribüne. Er protestiert aufs neue wütend, wie seine Vorredner, gegen die „Polizei der Schieberrepublik" und schließt mit einem Hoch auf die politischen Gefangenen und die rote Internationale, in das die starke kommunistische Fraktion dreifach einstimmt. Alle Kommunisten springen auf und stimmen die „Internationale" an. Vom Sektor der Nationalsozialisten antwortet das Deutschlandlied, in das zahllose Tribünenbesucher einfallen. Die Kommunisten holen wieder ihre Pfeifen hervor und brechen in ein Wutgeheul aus. Trotzdem setzt sich der Gesang fort, und abwechselnd mit dem Deutschlandlied erschallt die „Internationale".

Der Alterspräsident Bock hat sich inzwischen von seinem Sessel erhoben, den Hut aufgesetzt und seinen Platz verlassen. Unter gegenseitigen Schmähungen der Kommunisten und Völkischen leert sich allmählich der Saal. Die erste Sitzung des neuen Reichstags ist durch die planmäßige Obstruktion der Kommunisten gesprengt.

Der Beginn der Plenarsitzung am Mittwoch, der um 11 Uhr angesetzt war, hat sich verzögert, weil die einzelnen Fraktionen noch über die Wahl des Präsidenten verhandelten. Nach einem Hin und Wieder zwischen Kommunisten und den anderen Parteien fällt der Antrag der Kommunisten, zunächst die Frage der politischen Gefangenen zu behandeln, unter den Tisch. Schluß der Sitzung um 12¼ Uhr. Die neue Sitzung wird mittags um 2.20 Uhr eröffnet. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Reichstagspräsidenten. Die Kommunisten beruhigen sich noch nicht, und es ergreift Scholem (Kommunist) noch einmal das Wort. Er beantragt, zu beschließen, daß die verhafteten kommunistischen Mitglieder freigelassen werden, damit sie sich an der Wahl beteiligen können. Dann ergeht er sich in wüsten Schimpfereien gegen verschiedene Gruppen des Hauses, besonders gegen die Nationalsozialisten. Er fordert eine allgemeine Amnestie und sagt den schärfsten Kampf der Ebert-Republik und dieser „verdammten Ludendorff-Republik" an. Das Haus bricht in stürmische Heiterkeit aus.

Abg. Löbe (Soz.), der bisherige Reichstagspräsident, macht darauf aufmerksam, daß der Reichstag keine gesetzlich gültigen Beschlüsse fassen könne, solange er sich nicht gesetzlich konstituiert habe. Den Gefangenen werde ein schlechter Dienst erwiesen, wenn man nach dem Beschluß noch die Kompetenzfrage zu erörtern hätte. Es könne sich also nur um eine Verzögerung von zwei Stunden handeln, wenn man erst die Präsidentenwahl vornehme und dann über die Frage der Gefangenen entscheide. Der Redner bittet die Kommunisten deshalb, ihren Widerspruch zurückzuziehen. Der Antrag der Kommunisten, vor der Präsidentenwahl die kommunistischen Anträge zu erledigen, wird darauf gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Das Haus beginnt mit der Präsidentenwahl. Sie muß durch Zettelabgabe beim Namenaufruf durch die Schriftführer vorgenommen werden. Darüber vergeht fast eine Stunde. Beim Aufruf des Namens Ludendorff beginnen die Kommunisten eine der bei ihnen üblichen hysterischen Schreiszenen. Von nationalsozialistischen Abgeordneten wird ihnen kräftig geantwortet. Vor der Rednertribüne stehen sich die beiden Fronten gegenüber und beschimpfen sich lebhaft. Nach einiger Zeit erst können die Schriftführer im Namenaufruf fortfahren.

Die Wahl des Reichstagspräsidenten hatte im ersten Wahlgang folgendes Ergebnis: Abgegeben wurden 437 Stimmen. Davon erhielt der deutschnationale Abg. Wallraf 202 Stimmen, der Sozialdemokrat Löbe, der bisherige Präsident des Reichstags, 107, Fehrenbach (Zentr.) 63, Thälmann (Komm.) 47, Frau Behm 1 Stimme. Die übrigen abgegebenen Zettel enthielten keinen Namen. Da in dieser Wahl keiner der Kandidaten eine absolute Mehrheit erreicht hat, ist Stichwahl notwendig zwischen Wallraf und Löbe. Die Stichwahl hatte folgendes Ergebnis: Abgegeben wurden 430 Stimmen insgesamt. Davon entfielen auf den Abgeordneten Wallraf 227 Stimmen, auf den Abgeordneten Löbe 151 Stimmen; die übrigen Stimmen waren ungültig. Gewählt ist damit Abg. Wallraf zum Präsidenten des Reichstages.

*

Die verschiedenen Verhandlungen über die Neubildung des Kabinetts waren vergeblich. Nunmehr hat der Reichspräsident den bisherigen Reichskanzler wieder mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Dr. Marx will den Versuch machen, das neue Kabinett auf breitester bürgerlicher Grundlage zu bilden.

*

Das Ausland über den neuen Reichstag.

Die französische Rechtspresse beschäftigt sich eingehend mit den Vorgängen in Deutschland. Sie berichtet auch, daß die erste Sitzung einen denkbar ungünstigen Eindruck gemacht habe. Trotzdem es sich um eine formelle Sitzung gehandelt habe, sei es zu unerhörten Skandalszenen gekommen. Der schwächliche Alterspräsident war nicht stark genug, die Lage zu beherrschen; darum wurden die Kommunisten die Herren des Saales. Besonders aufgefallen sind die Abgg. Katz und Scholem.

Der „Matin" beeilt sich festzustellen, daß die Annahme des Sachverständigengutachtens die einzige Möglichkeit sei, die Ruhr zu befreien, Europa zu beruhigen, die Finanzwirtschaft wiederherzustellen und eine neue Arbeitslosigkeit zu verhindern. „Echo de Paris" greift die Deutsche Volkspartei an, weil sie immer mehr den nationalen Parteien sich zuneige. Der Sturz des Kabinetts Marx sei durch die Volkspartei herbeigeführt worden. Die Volkspartei habe schon zur Zeit Kapps den Nationalen zugeneigt. Das Blatt erklärt auch die Haltung derjenigen, die annahmen, das Sachverständigengutachten sei vom französischen Standpunkt wenig befriedigend, da sie viele Hintergedanken hegen. Ebert begreife die Nützlichkeit des Sachverständigengutachtens für Deutschland und wünsche seinen Landsleuten mehr Vorsicht und Weisheit. Gerade der Umstand, daß Ebert so viele Mühe habe, den Reichstag von dem Vorteil zu überzeugen, welche die Aufgabe der „Pfänder" bedeuteten, die allein in der Lage gewesen wären, Deutschland zum Zahlen zu bringen, beweise, wie groß die Revanchelust in Deutschland geworden sei. Das Blatt zieht auch weitere Schlüsse aus der politischen Verblendung, die Frankreich seit dem 11. Mai befallen habe. Das Blatt meint, daß die Volkspartei, trotzdem sie sich bemühe, die Deutschnationalen für das Kabinett zu gewinnen, dem früheren Programm aber treu zu bleiben. Das Kabinett Marx, das sich auf die Haltung der neuen französischen Machthaber stütze, scheine den Kampf mit den Deutschnationalen aufnehmen zu wollen. Es scheine, daß Marx, gestützt auf Stresemann und die Mittelparteien, sich dem Reichstag stellen wolle, wobei er von fern von den Sozialisten unterstützt würde. Das Blatt hält die Lage dieses Kabinetts für sehr schwach, wenn es den Deutschnationalen, Ultranationalen und Kommunisten gegenübersteht. Die Deutschnationalen würden zwar jetzt noch keinen Krieg führen, würden sogar zu Verhandlungen mit dem Auslande gelangen, aber, was sie jetzt noch nicht tun würden, würden sie vorbereiten und in einigen Jahren tun.

*

Die englischen Blätter berichten über die Vorgänge bei der gestrigen Eröffnungssitzung und nennen sie geradezu beschämend. Ein Korrespondent bemerkt, er sei sich vorgekommen wie ein alter Römer, der in die Arena der Barbaren hinabsieht. Der einzige Erfolg des Parlamentarismus bestehe darin, daß er Deutschland in den Augen der Welt möglichst lächerlich mache.

Die Londoner Blätter berichten besonders ausführlich über den „Gesangswettstreit" bei Eröffnung der gestrigen Sitzung des deutschen Parlaments, das, wie die „Times" sagen, vor der schwersten und ernstesten Aufgabe steht, die jemals von einer Volksvertretung zu lösen war. Im übrigen versuchen die „Times", wie auch andere Blätter, abermals mit allen Mitteln den deutschen Rechtsparteien die sofortige bedingungslose Annahme des Finanzberichtes nahezulegen, wenn nicht die Rentenmark zusammenbrechen und das Reich dem Bankerott entgegengehen solle. Man kann nur wiederholen, daß es sich bei diesen englischen Äußerungen um Propagandaversuche handelt, deren sachliche Bedeutung entsprechend einzuschätzen ist.

Letzte Meldungen.

Żyrardówaffaire.

Die Sejmkommission zur Prüfung der Liquidation der staatlichen Żyrardów-Werke hielt eine Sitzung ab, in der u. a. der Vorsitzende der Postsparkasse, Direktor Linde, und der frühere Industrie- und Handelsminister Szydłowski vernommen wurden.

Die Lage in Lodz.

Nach der „Agencja Wschodnia" gestaltet sich die Lage auf dem Lodzer Industriemarkt folgendermaßen: Ein empfindlicher Bargeldmangel läßt sich weiterhin verspüren. Infolgedessen schwankt der Privatdiskont zwischen 10 bis 15 Prozent. Wechselproteste sind zur wahren Plage der Lodzer Industriellen geworden. Die Warenkäufer verlangen längere Kredite und Wechsel auf zwei oder drei Monate. Die Industriellen hoffen, daß sich das Geschäft im Juni etwas belebt, da dann die Saison der Wintereinkäufe beginnt. Die Reduktion der Arbeitstage hat nicht geholfen, obwohl sie sehr groß ist. Der größte Teil der Fabriken arbeitet vier oder gar zwei Tage in der Woche. Ein Teil der Fabriken, die sechs Tage in der Woche arbeiteten, haben den Arbeitern auf zwei Wochen die Arbeit gekündigt.

Französische Bischöfe nach Polen.

Am 11. Juni verlassen Vertreter des französischen Episkopats Paris, um über die Schweiz und Österreich eine Reise nach Polen zu machen. Es werden nach Polen kommen: Kardinal Dubois, der Pariser Erzbischof, Bischof Baudrillart, Bischof Chaptal, Bischof Chollet aus Cambrai und Bischof Julien aus Arras. Nach eintägigem Aufenthalt in Wien werden sich die Bischöfe nach Krakau begeben, wo sie drei Tage verweilen wollen. Am 16. Juni treffen sie in Tschenstochau ein, um sich dann nach Warschau zu begeben, wo sie sich drei Tage aufhalten und vom Staatspräsidenten offiziell empfangen werden. Am 20. Juni treffen die Bischöfe in Posen ein und nehmen Wohnung im Schloß, das ihnen vom Staatspräsidenten zur Verfügung gestellt wird. Am 22. Juni nehmen sie an der Fronleichnamsprozession teil. Am Nachmittag wird Bischof Baudrillart, Mitglied der französischen Akademie, einen Vortrag halten. Am Abend nimmt der Kardinal-Primas von Polen mit dem Kardinal Dubois an einer großen Versammlung teil, in der beide Ansprachen halten werden. Am 24. Juni begeben sich die Mitglieder des französischen Episkopats nach Kattowitz, wo sie vom päpstlichen Verweser Hlond aufgenommen werden. Am Tage darauf nehmen sie an einer großen katholischen Kundgebung teil. Am 27. Juni kehren sie nach Frankreich zurück.

Das polnische Journalistensyndikat.

Am Donnerstag mittag fand in Warschau eine Tagung von Journalistendelegierten statt. Das Syndikat der schlesischen Journalisten teilte in einer Depesche mit, daß es sich den Kongreßbeschlüssen anschließe. Das nach mehrstündigen Beratungen angenommene Statut des Verbandes polnischer Journalistensyndikate wird demnächst den Behörden zur Bestätigung vorgelegt. Die Aufgabe des Verbandes wird in der obersten Vertretung des polnischen Journalistenwesens und in dem Schutz seiner moralischen und materiellen Interessen bestehen. Die vorläufigen Funktionen der Leitung werden von den Herren Beaupree (Krakau), Vogel (Lemberg) und Bazylewski (Warschau) ausgeübt. Der Kongreß nahm eine Entschließung an, in der verlangt wird, sich an den Rechtsausschuß des Sejm mit der Bitte zu wenden, in die Beratung des Abgeordnetenantrages über die Normierung der Rechtsverhältnisse im Journalistenberuf einzutreten.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme bei der Trauerfeier und der Beisetzung unserer teuren Entschlafenen, sowie für die zahlreichen Kranzspenden sagen wir herzlichst Dank.

Sowinki, den 30. Mai 1924.

Gustav Pfeiffer und **Kinder.**



Gut, 530 Morgen,

Nieder-Schlesien 450 Morg. Weizenboden, 50 Morg. Wiese, 30 Morg. Wald, eigene Fischzucht und Molkerei, sehr schön. überkompl. leb. u. tot. Inventar auf **12—18 Jahre** ab **1. 7. 1924 zu verpachten. Erford. 60 000 Mark.**

Eisenmöbel-, Zementwarenfabriken, Sägewerk, Wasser-, Windmühlen, Güter, Landwirtschaften in allen Größen, **Stadt-, Landgasthäuser** mit und ohne Land, **Villen, Geschäfts-, Zins-, Landhäuser, Geschäfte** verschiedener Branchen günstig zu **verkaufen.**

Lakomy, Glogau, König-Friedrichplatz 2,
Fernruf 769. **Rückporto erbeten.**

Gut

in Größe von ca. **1500 Hektar,** im Auslande gelegen, ist zu vergeben. Ein sehr geeignetes Objekt für Landwirte, die der Liquidation unterliegen. Näh. durch

Wodzyński, Poznań, Hotel Viktoria

Vermittler ausgeschlossen. Vermittler ausgeschlossen.

Bei Inkrafttreten des neuen Mieterschutzgesetzes am 1. Juni 1924,
sowie bei der jeweiligen Erhöhung der Mieten in den nächsten Quartalen, ist es von Wichtigkeit, daß jeder Mieter ein

Mieterschutzgesetz

besitzt. — Wir haben das Gesetz in handlichem 8° Format herausgegeben.

Es kostet geheftet, 16 Seiten stark, 50 Groschen, nach auswärts mit Portozuschlag und Nachnahme. An Buchhändler mit üblichem Rabatt.

Das neue Mieterschutzgesetz erscheint auch demnächst im **Gesetz- u. Verordnungsblatt der deutschen Sejmfraktion, Poznań,** Wały Leszczyńskiego 2.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Abt. Versandbuchhandlung,
Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

2 Waggon

Mastvieh

hat abzugeben.

Dom. Szczepowice, pow. Kościan.

Zur Bockjagd

Repetierbüchse 8 mm. für Teilmantelg. mit Zielfernrohr, gut erhalten, **verkäuflich.** Gefällige Angebote unter **B. 7455** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Schrotmühlensteine

hart und scharfkörnig in allen Größen und Preislagen sowie

Grabdenkmäler

in jeder Ausführung und in allen Gesteinsarten empfehlen

J. Włodarczak & Co., Krotoszyn,
ul. Słodowa 10—12 (Malzgasse).

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das **Postamt**

in ______________

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den Monat Juni 1924

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....

Sudetendeutsche

Tages-Zeitung

Erscheint täglich, ausgenommen an Tagen nach Sonn- u. Feiertagen. — Geschäftsstelle: Prag, Herreng. 8/II., Teleph. 4919. Schriftleitung Tetschen a. E., Marktpl., Teleph. 100

Bezugspreis: Viertelj. tsch. K 36·–, monatlich K 13·–, bei Botenzust. K 2·– monatl. mehr. Einzelpr. 70, Sonnt. 80 h Verw.: Tetschen a. E., Marktpl. Tel. 9

Folge 1. Prag, Sonntag 1. April 1923. 1. Jahrgang.

Die „Sudetendeutsche Tageszeitung" ist das einzige unparteiische und reinvölkische Tagblatt der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien — eines abgesprengten, wirtschaftlich und kulturell hochentwickelten Volksteiles von nahezu 4 Millionen Menschen. Sie unterrichtet — über den Parteien stehend — über alle politischen Fragen, Ereignisse und Tageserscheinungen, und bildet das beste und zuverlässigste Informationsmittel über das sudetendeutsche Auslandsdeutschtum.

(5139



Lieferwagen — Karosserien
Umbau alter Personen-Autos zu Lieferwagen.

Zoppot — Danziger Karosseriefabrik A.-G.

Billiges Kiefern-Bauholz

für **Güter, Fabriken** pp.
von 18 cm. Zopf aufwärts stark à 22 Złoty
von 14 bis 17 cm. Zopf stark à 17 Złoty
pro 1 Festmeter **franko Waggon** Klosowice bei **Sieraków—Zirke** abzugeben. Mehrere 100 Fm. geschält, gesund, trocken (daher sehr billige Fracht), **ohne** Rinde **gemessen.** Lieferung umgehend auch einzelne Waggons.

Holzhandlung G. Wilke, Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 6. Tel. 2181.

Tani Sklep

verkauft Stoffe Bilitzer, Zgierzer **und erstkl. Lodzer Fabrikate**

zu Herren-Anzügen, Damenkostümen, prima Tuche und Kammgarne in verschied. Farben Gabardine, englische Reitkorte, auch

fertige Herren-Garderobe
elegante Anzüge
Paletots und Hosen.

Poznań, Wrocławska 15

Große Auswahl! Billigste Preise!

Kinderwagen : Sportwagen

In inländische, sowie ausländische Fabrikate.
Unerreichte Auswahl. Billigste Preise.
Korbmöbel u. Peddigrohr u. Weidengeflecht
in künstlerischer Ausführung, sowie Korbwaren aller Art empfiehlt

L. Krause, Poznań, Stary Rynek 25|28

Gegründet 1839. (Neben dem Alten Rathaus.) Gegründet 1839.
Aeltestes und größtes Kinderwagen- und Korbmöbelversandhaus Westpolens.

Gesucht

8000 Złoty

für 3 Monate. Zinsen laut Vereinbarung. Garantie: Wechsel, Aktien oder Hypothek. Gefl. Ang. unt. **P. 7481** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Koksanfuhr

ab Gasanstalt. **Mauersand, Betonkies, Ziegelanfuhr, Gespanngestellung, Waggonabfuhr** übernimmt

M. Kiss, Poznań
ul. Przemysłowa 27. Tel. 3157.

Ihre Zukunft!

Genauen Aufschl. über Ihr ganzes Leben, Glück, Reichtum, Liebe, Ehe, Lotterie, Erbschaft usw. gibt Ihnen erstkl. Horoskop nach Ang. des Geburtsdatums. Pr 3 Złoty. Jahreshoroskop, f. e. bestimmtes Jahr berechnet, 1 Zł. Charakterdeut. u. Schriftprob. Porto extra. **E. G. Mutke, Gleiwitz OS.** Schließfach 229.

Zur Frühjahrs- und Sommer-Saison

sind jetzt besonders die Anzeigen für Herren- u. Damengarderobe am Platze.

Wie die Natur sich verjüngt, so ist es auch mit den Menschen; sie sehnen sich nach neuer Kleidung. Nur noch wenige Tage trennen uns von dem Pfingstfest. Man versäume daher nicht den günstigen Zeitpunkt und inseriere rechtzeitig und öfter in dem am meisten gelesenen und für alle Anzeigen durchaus erfolgreichen

„Posener Tageblatt"

Suche Formen für Zementfabrikate wie **Dachziegeln, Röhren** usw. in sämtlichen Größen. Habe **Zement jedes Quantum** abzugeben. fr. **Poznań 19 000 000 Mark pro Faß** (180 Kilogr). Angeb. an **Jan Przybyl, Poznań, ul. Pocztowa 16.**

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag, den 30. 5., 7½ Uhr: **„Tannhäuser",** Romantische Oper von Wagner. Gastspiel M. Sowilski.
Sonnabend, den 31. 5., 7½ Uhr: **„Puppenfee",** Ballett.
Sonntag, den 1. 6., 7½ Uhr: **„Die Fledermaus",** Kom. Oper von Strauß.

(Nach Beginn der Vorstellungen wird in den Zuschauerraum niemand mehr hineingelassen.

Donnerstag, den 5. Juni 1924, abends 8 Uhr, im **großen Saale des Evangelischen Vereinshauses**

Musikalischer Vortragsabend

zum Besten des Altersheims.

Leitung: **Henny Fuchs.**

Eintrittskarten zu **5** und **3 Millionen Mark** in der **Evangel. Vereinsbuchhandlung** u. an der **Abendkasse.**

Dieser Erste.

Lebensdrama in 6 Akten.
Farbige Aufnahmen, von der Filmfabrik Pathé bedeutend verbessert, entzücken jedermann.

Teatr Pałacowy, pl. Wolności 6.

Empfehlen antiquarisch, sofort lieferbar:
Joachim Nettelbeck's wundersame Geschichte.
Cooper, Der Pfadfinder.
Keil, Von der Schulbank nach Afrika, gebunden.
Balzac, Eugenie Grandet.
Alt-Berliner Humor, geb.
Eugenie, O Jugend, geb.
Hebels schönste Erzählungen aus dem Schatzkästlein des rheinländisch. Hausfreundes gebunden.
Seasfield, Die Prärie am Jacinto.
de Nora, Tanzprinzessin, geb. Edda-Sagen. — Aus den Kriegsjahren 1806—1913. — Nordost-Sibirien. — Auf dem Seewege nach Indien. — Germanische Urzeit. — Tiroler Strandschützen.

Antiquarisch zu kaufen gesucht, nicht so alte Auflagen von:
Brockhaus, großes Konversations-Lexikon.
Meyer's großes Konversations-Lexikon.
Angeboten mit genauer Angabe der Auflage, des Preises und der Beschaffenheit sehen entgegen

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Abteil. Versandbuchhandlung.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Gemischter Chor, Poznań

Familienausflug am Sonntag, d. 1. 6. 24 nach **Krosno-Hauland.** Abfahrt Personenzug nach Moschin 7,55 Uhr. Freunde des Vereins sind zur Teilnahme eingeladen. (7484



Milchkannen

Inż. **H. Jan Markowski**
Poznań
Mielżyńskiego 23
Tel. 52-43.

Bekanntmachung.

1. Auf Grund Art. 25 der Verordnung vom 11. August 1923 (Dz. Ust. Nr. 94, Pos. 747) sowie der Ausführungsbestimmung vom 26. Januar 1924 (Dz. Ust. Nr. 16, Pos. 166) zieht der Magistrat vom 1. Januar 1924 ab für die Wojewodschaftsselbstverwaltung die Wojewodschaftssteuer in Höhe von 3 Proz. vom Umsatz ein, welcher ausschließlich vom Ausschank, sowie vom Einzelverkauf oder Spiritusdetailhandel (mit Ausnahme von verbotenem Spiritus), Branntweinen, Weinen, Halbweinen, künstlichen Weinen, Obstweinen, Obstmost, Honig, Honiggetränken und Bier verlangt wird.

Für Einzelverkauf gilt der direkte Verkauf an Verbraucher in Mengen bis 25 Ltr. Spiritus, Branntweingetränke und andere Getränke bis 50 Ltr. Als Kleinhandel gilt der Verkauf an Verbraucher in Mengen bis 10 Ltr. Bier oder bis 50 Ltr. anderer Getränke.

2. Als Grundlage für die Steuerberechnung gilt der Bruttoumsatz, der durch die Handelsunternehmen I. und II. Kategorie sowie Industrieunternehmen I. und V. Kategorie, jeden Monat, und von anderen Unternehmen jedes Halbjahr aufgestellt wird.

3. Alle Unternehmen müssen nach Ablauf eines jeden Halbjahres in den Monaten Juli und Januar im Magistrat Deklarationen über den Umsatz mit Getränken abgeben: die Eigentümer der Handels- I. und II. Kategorie und Industrieunternehmen I. und V. Kategorie müssen außerdem nach Ablauf eines jeden Monats, spätestens bis zum 15. des folgenden die Steuer von dem im vergangenen Monat verzeichneten Umsatz entrichten, und für die ersten fünf Monate des laufenden Jahres spätestens bis zum 16. Juni 1924.

4. Die Unternehmen der unter 3. genannten Kategorien müssen, falls sie die im Handelsgesetzbuch vorgeschriebenen Bücher nicht führen, ein „Buch für den Umsatz an Getränken" anlegen. Von der Pflicht, ein solches Buch anzulegen, befreien wir die Unternehmen, welche sich ausschließlich mit dem Ausschank und dem Einzelverkauf, oder mit dem Kleinhandel von Getränken befassen und ein durch das Gesetz vom 14. Mai 1923 über die Gewerbesteuer (Dz. U. Nr. 58, Pos. 412) vorgeschriebenes Umsatzbuch führen.

5. Unabhängig davon müssen die Inhaber oder Besitzer von Unternehmen, die sich mit dem Ausschank und Einzelverkauf von Getränken befassen, bis spätestens zum 16. Juni 1924 ihr Unternehmen im Steuerbüro, ul. Nowa Nr 10. II. Stock, Zimmer Nr. 25. anmelden, wo man auch die entsprechenden Formulare erhält. Die Meldung kann auch gleichzeitig mit der rückständigen Steuer, jedoch spätestens bis zum 16. Juni 1924, erfolgen.

6. Im Falle eines Aufschubs werden Aufschubszinsen in Höhe von 2 Prozent monatlich sowie Exekutionskosten nach den bindenden Normen der Staatssteuern eingezogen werden.

Wer falsche oder unvollständige Angaben macht, unterliegt nach Art. 62 des Gesetzes vom 11. August 1923 einer Strafe, welche die 20fache Höhe der Steuersumme betragen kann, die hinterzogen werden sollte, oder zur Hinterziehung bestimmt war.

Poznań, den 23. Mai 1924.

Der Magistrat

(—) Ratajski. (—) Dr. Kiedacz.

Es wird mitgeteilt, daß alle Drucksachen und Formulare in der Drukarnia Handlowa, ul. Piekary 22, zu haben sind.

Das Steuerbüro.

Pfingstrüstezeit.

Wir wissen, wie das ist, wenn lange Dürre über den Feldern brütet; das Erdreich wird steinhart, die Halme gilben, die Blätter hängen schlaff von den Zweigen, und alles lechzt nach einem Tropfen Regen. Aber wenn dann der Himmel sich bewölkt und seine Schleusen sich auftun, und das erquickende Naß strömt nieder, dann atmen Feld und Flur und Mensch und Kreatur auf, und neues Leben regt sich allenthalben.

Das ist ein Bild von der vorpfingstlichen Zeit. Jesus hatte seine Jünger gewiesen, in Jerusalem zu bleiben und zu warten auf die Verheißung vom Vater, bis daß sie angetan würden mit Kraft aus der Höhe. Nun harrten sie der Dinge, die kommen sollten, die Augen betend zum Herrn erhoben: Exaudi! Herr, erhöre uns!

So ist ein jeder, der noch nicht die Lebenskraft des heiligen Gottesgeistes an sich erfahren hat. Es gibt ein Christentum, das den Namen hat, aber nicht mehr — es ist nicht schwer, ein Christ zu sein, so ein Christ, der zwar den Namen trägt, aber Christi Geist nicht hat. Und es steht dem gegenüber ein Christentum im Geist und in der Wahrheit, belebt und erfüllt von den Lebenskräften des Heiligen Geistes — — — es ist nicht leicht ein Christ zu sein, nämlich so ein Christ, den der Geist Gottes ganz gestaltet hat nach dem Bilde des Herrn.

Wir stehen vor Pfingsten. In manchen Gemeinden war es alte fromme Sitte, in der Exaudiwoche tägliche Gebetsstunden zu halten, gestimmt auf die Melodie: „Komm heiliger Geist, Herre Gott!" Das sollte unser tägliches Pfingstrüstegebet sein. Dann würde unser Leben zum grünenden Gefilde unter dem Gnadenregen des Geistes aus der Höhe, zum Gefilde, auf dem die Früchte des Geistes reifen: Liebe, Freude, Friede, Geduld, Freundlichkeit, Gütigkeit, Glaube, Sanftmut, Keuschheit. O, heilger Geist, kehr bei uns ein!

D. Blau-Posen.

(Nachdruck verboten.)

Das Parlament der Schwarzhemden.

Feierliche Eröffnung am 24. Mai.

(Von unserem ständigen römischen Korrespondenten.)

Eb. Rom, Ende Mai.

Als Mussolini nach siegreicher Revolution auf dem Kapitol stand, betrachtete er es als seine erste Aufgabe, den Parlamentarismus, als seinen verhaßtesten Gegner, den tarpejischen Fels hinabzustürzen. Unendlicher Spott ergoß sich über das Abgeordnetenhaus, diesen „Kramladen" der öffentlichen Meinung. Endlich würde nun die „Schwatzbude" des Montecitorio geschlossen und versiegelt werden für immer. Und als der Riegel doch nicht gleich vorgeschoben wurde, als man die Herren noch ein Jährlein weiterreden ließ, da geschah es mit der gutmütigen Herablassung des Soldaten aus Wallensteins Lager: „Sei ruhig, Pfäfflein, fürcht Dich nit, sag Dein Sprüchel und teil's uns mit!" Was konnten diese Wortedrechsler schon Großes schaden? Das parlamentarische System war jedenfalls gerichtet, tot, mausetot.

Und heute wird im gleichen Montecitorio auf die gleiche würdige Weise wie seit Jahrzehnten, die neue Kammer eröffnet. Es wird sich die Regierungsbank füllen, es wird der Präsident inmitten seiner Minister thronen und über ihm ein würdiger Herr die Glocke schwingen, während die Bleistifte der Stenographen über das geduldige Papier fliegen. Und aus dem Halbkreis gegenüber wird sich bald der, bald jener erheben und reden, reden. Haben nur die Musikanten gewechselt, während die Musik die gleiche bleibt? Nein, hier eben wird sich nach Mussolini der Unterschied zeigen. Die Welt kann wirklich gespannt sein.

Heute also, am 24. Mai. Glorreicher Tag! Im Gegensatz zu anderen Staaten, die jede Schuld weit von sich weisen, ist Italien stolz darauf, den Krieg gewollt und eröffnet zu haben. Es weiß nichts von einem „unheiligen Pfingstentag", der 24. Mai bezeichnet vielmehr den Anfang, der 4. November den ruhmvollen Ausgang der Straße des Triumphes. Daher wurden in fast allen Städten des Regno Straßen nach diesen historischen Daten benannt, in Rom schneiden sich die Via del 24. maggio und die Via del 4. novembre, so daß die beiden Marmortafeln aneinanderstoßen, dicht vor dem Quirinal. Welcher andere Tag also wäre würdiger, die königliche Einweihung des Parlaments der Schwarzhemden zu schauen?

Die Morgensonne wird durch das Glasdach des hohen Hauses schimmern und den Thron bescheinen, auf dem Viktor Emanuel die Thronrede verliest, die ihm der Ministerpräsident Mussolini überreicht. Stehenden Fußes umgeben die Prinzen des königlichen Hauses den Herrscher, zur Rechten hat er zum ersten Mal den Kronprinzen, der nun mit seinen 18 Jahren majorenn geworden ist. Stehend lauschen auch alle Minister, während die Senatoren und Deputierten im Namen des Königs vom Minister des Innern eingeladen werden, sich zu setzen. Es gibt nur zweierlei Tuch: feldgrüne Uniform oder Frack. Selbst die Glücklichen, die sich durch mühsame Jagd einen Tribünensitz erobert haben, müssen sich dieser Vorschrift anpassen. Freilich sorgt schon der Verteilungsmodus für eine Auslese der Karteninhaber. Für sämtliche Familienangehörigen der über 500 Abgeordneten gibt es nur 180 Zettel mit der alle Wunder des Orients erschließenden Aufschrift: Sesam, tu dich auf!

Ob es am Frackzwang liegt, daß die Sozialisten in letzter Stunde beschlossen haben, die Feierlichkeit durch ihre Enthaltsamkeit zu verschönern? Oder ob sie vor dem Anblick des Halbkreises ihr Haupt verhüllen? Der sieht ja nun allerdings arg verändert, für ein demokratisches Gemüt geradezu herzbeklemmend aus. Der äußerste Sektor auf der Rechten, der so schmal war, daß die paar Faszisten der vorigen Legislaturperiode hinter- und übereinander saßen wie die Hühner auf der Leiter, hat sich gereckt und gestreckt, wie es vor zwei Jahren sicherlich noch kein Mensch für möglich hielt. Er umklammert jetzt bereits die Ministerbank von drei Seiten! Ein „Zentrum" gibt es also auch im geographischen Sinne nicht mehr: In die riesige schwarze Fläche rechts kann der Zeichner 374 Sitze einzeichnen, während ihm für das bisherige Reich der Mitte nur 39 bleiben. Nach diesen, bevölkert von den Resten der „weißen Internationale" Don Sturzos, des italienischen Erzberger, kommen verschieden schattierte schmale Spalten, das Tummelfeld der Demokraten aller Farben, der Liberalen und Demosozialen und der „verfassungsmäßigen Opposition", insgesamt 41 Mann. Wer scharfe Augen hat oder ein Vergrößerungsglas zu Hilfe nimmt, kann eingeschachtelt zwischen diesen Fächern und dem roten Block, der den Halbkreis beschließt, einige Ritzen entdecken, in denen es von 7 Republikanern, 4 Fremdstämmigen, 3 Bauern und 2 Sarden „wimmelt". Mit 65 Kämpen könnte der linke „Block" stolz darauf sein, wenigstens ziffernmäßig die zweitstärkste Partei zu bilden, wenn er nicht wieder in sich zerfallen wäre in Maximalisten, Unitarier und Kommunisten.

Wie die parlamentarischen Schlachten bei einem solchen Aufmarsch verlaufen werden, kann sich auch der strategische Laie ausrechnen. Der liebe Gott hält es hier ganz gewiß mit den stärkeren Bataillonen. Das mag nicht recht schön sein, es hat aber auch sein Gutes. Wie das öffentliche Leben in Italien glücklich befreit ist von den lähmenden Streiks, so hat auch das politische nichts mehr von den früher üblichen Krisen und Krischen zu fürchten. Was Mussolini will, das wird dieses Parlament beschließen. Da gibt es keine Mißtrauensvoten, kein Fallenstellen und keine Auflösungsbestrebungen. Die politische Valuta ist auf lange Zeit hinaus stabilisiert.

Drei Tage nach der feierlichen Einweihung, am 27. Mai, nimmt die Kammer ihre Arbeit tatsächlich auf. Wer aus der Wahl zum Präsidenten hervorgehen wird, läßt sich heute noch nicht sagen, dafür werden zu viele Namen genannt. Nicht ausgeschlossen ist es, daß die Opposition den Vizepräsidenten stellt, um das Dekor zu wahren. Anläßlich der Diskussion über die Thronrede wird den Parteien Gelegenheit gegeben, ihre Stellung zur faszistischen Regierung festzulegen, und von der Regierung ihrerseits ist ein Programm zu erwarten, das nach Mussolinis gerader Art keiner Frage, liege sie auch auf dem heiklen Gebiete der auswärtigen Politik, aus dem Wege geht. Denn noch immer ist der Diktator sein eigener Außenminister. Und — unumschränkter Gebieter über alle Schwarzhemden, also auch über diejenigen, die das On. (Onorevole) vor ihren Namen gesetzt haben. Zur Aufrechterhaltung der Disziplin wurde im faszistischen Großrat beschlossen, von einer Gruppenbildung der Abgeordneten der Regierungspartei abzusehen —, sie sollen keine anderen Götter neben Mussolini haben.

Natürlich wartet, wie jede Revolution, auch die faszistische mit Reformen im Kammerleben auf. So ist die Errichtung einer eigenen Rednertribüne geplant, eine Art „rostra" also, welche jeder von der Redelust erfaßte Abgeordnete aufsuchen muß. Vielleicht hofft man damit bei gewissen Erscheinungen die Durchschlagskraft der Präsidentenglocke zu erhöhen. Und um der Worteflut Dämme zu setzen, dürfen fortan nach beendigter Diskussion nur noch solche Onorevole den Mund auftun, die sich als Beweis für solche Notwendigkeit mindestens zwanzig Unterschriften verschafft haben.

In kurzen Worten.

Der Vertreter Litauens in Rom überreichte der italienischen Regierung eine Protestnote bezüglich des Vorgehens der Polen gegen litauische Bevölkerung in dem durch Polen „okkupierten" Wilnaer Land.

*

Gelegentlich des Besuches des italienischen Königspaares in London wurden auf einem im Buckinghampalast stattfindenden Festmahl beiderseits die herzlichsten Trinksprüche gewechselt. Der englische König wies auf das herzliche Zusammengehen zwischen Italien und England seit dem Weltkriege hin und erklärte, daß er dem italienischen Volke einen weiteren Aufschwung wünsche.

*

Die „Humanité" veröffentlicht in den kommenden Tagen Geheimdokumente, die den Nachweis erbringen sollen, daß Rumänien bereits kurz nach seinem Eintritt in den Weltkrieg einen Sonderfrieden mit dem Mittelmächten erstrebte, und dadurch die Alliierten hinterging.

*

Die neuen Schlichtungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium lassen eine baldige Einigung im Ruhrkonflikt erhoffen. Die durch den Streik geschaffene Lage verschärft sich Meldungen zufolge immer weiter. In Gelsenkirchen führte die kommunistische Propaganda zu großen Demonstrationen. Das Reichtskabinett hat abgelehnt, den streikenden Metallarbeitern Erwerbslosenunterstützungen zu gewähren.

*

Aus verschiedenen Orten wird Einstellung der Arbeit berichtet, deren Ursache gewöhnlich in dem katastrophalen Kohlenmangel zu suchen ist. So hat z. B. auch das Phönixwerk in Duisburg aus Kohlenmangel das Stahl- und Walzwerk stillgelegt, wodurch 3000 Arbeiter betroffen werden.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 30. Mai.

Generalkirchenvisitation.

VII und VIII.

Von Eberspark und von Witzleben her auf freundlich ausgesuchten, besonders schönen Wegen durch maifrischen Laubwald und an lieblichen Seen vorüber traf die Visitationskommission in dem stattlichen Pfarrhaus zu Lobsenz am Sonntag morgen ein. Lobsenz hat eine sehr alte evangelische Geschichte. Schon Johann Krotowski, der Wojewode von Jnowroclaw und Grundherr von Lobsenz, trat 1550 zu den böhmischen Brüdern über, denen er auch eine Kirche einräumte. Während die Brüdergemeinde hauptsächlich aus Polen und eingewanderten Schotten bestand, fanden sich etwa gleichzeitig die deutschen Evangelischen zu einer evangelisch-lutherischen Gemeinde zusammen und erbauten sich 1586 die Annenkirche. Pest und Feuersbrünste suchten die Gemeinde schwer heim, die fortgesetzt großen Verfolgungen ausgesetzt war, obwohl sich der Grundherr Georg von Radoliński immer wieder für die Gemeinde verwandte. Aber 1768 wurde die Kirche wieder böswillig angezündet, und 1773 zwang der Konföderiertenführer Rutkowski die Kirchenältesten, „so sie an Stricken führten", wie es in der Chronik heißt, ihre eben erbaute Notkirche wieder umzuhauen.

Gegenwärtig hat Lobsenz ein sehr schönes Gotteshaus, in das Kanzel, Altar und Orgelgehäuse sehr kunstverständig aus der alten Kirche übernommen wurden.

Die Gemeinde füllte das sehr geräumige Gotteshaus bis auf den letzten Platz aus und wetteiferte mit einem guten Kirchenchor in lebendigem Gemeindegesang. Der Sonntag Rogate gab das Thema für die Predigt des Ortspfarrers Magdlung, für die Visitationsansprache, die Pfarrer Kammel hielt, und für die Unterredung des Generalsuperintendenten mit der konfirmierten Jugend: Unsere Kirche eine Gebetsgemeinschaft; auch im Schulgottesdienst, den Pfarrer Benicken hielt, stand gleichfalls das Gebet im Mittelpunkt.

An demselben Sonntag nachmittag fuhr die Visitationskommission nach der stark gefährdeten Ansiedlergemeinde Elsingen, in der eine große Zahl von Ansiedlern annulliert oder liquidiert werden.

Die Gemeinde wurde 1909 von Wissek und Lobsenz abgezweigt und erhielt 1912 ihr schmuckes Kirchlein, das, lieblich geschmückt, voll gefüllt war und einen starken, gutgeschulten Kirchenchor aufwies, obwohl die Seelenzahl von 1200 auf 700 gesunken ist. Der Ortspfarrer Stolzenburg sprach über die Heiligung des Gemeindelebens, Superintendent Müller mit den Konfirmierten und der Generalsuperintendent mit den Hauseltern und dann mit der Schuljugend über das Gebet im persönlichen Leben, im Familienleben und im Gemeindeleben.

Im Bereich der Kirchengemeinde Elsingen liegt das Evangelische Krüppelheim Wolfshagen, das an diesem reich besetzten Sonntage gleichfalls besucht wurde. Das Krüppelheim ist eine Gründung der Kreissynode Lobsenz und verdankt der

Das goldene Netz.

Roman von Otto Lothar Niemasch.

(28. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

„Gnädiges Fräulein, ich bitte sehr um Verzeihung, ich habe da oben so eingehende Zwiesprache mit lieben alten und seltenen Freunden gehalten, daß ich allen Sinn für Zeit verlor. Es war eine Feierstunde für mich. . . ."

„Wiederholen Sie sie oft," sagte sie leise, „damit auch Ihre alten Freunde da oben einmal Unterhaltung haben."

Sie lud ihn mit einer Handbewegung zum Sitzen ein. Mit einem Blick umschloß er ihre schmächtige, zurückgebliebene Kindergestalt, das graue, spitze Gesichtchen unter farblosem Haar, die bleichsüchtigen, ruhelosen Hände. Nichts, was fesselte, alles, was man übersah. Und irgend ein warmes Mitgefühl stimmte ihn weich.

„Ich sage Ihnen gewiß nur etwas ganz Alltägliches, gnädiges Fräulein, aber etwas so schönes und Harmonisches wie dieses Haus habe ich sehr selten gesehen. Mir ist nur noch ein hamburgisches Patrizierhaus und das Landhaus eines englischen Großgrundbesitzers in Erinnerung, die einen Vergleich aufnehmen können."

Sie nickte, ohne ihn anzusehen.

„Aber es ist ein Haus ohne Menschen," sagte sie, „also ohne Seele. Mein Vater ist viel auf Reisen und ich selbst fühle mich am allerwohlsten in diesen vier Wänden, in denen fast alles noch von meiner Mutter und Großmutter herstammt. Ich bin ein Mensch, der in die Vergangenheit viel besser als in die Gegenwart paßt."

Sie schlug die Lider auf, er sah hinter ihren Augen ein heimliches, tief verstecktes Leid. Und er hatte den Wunsch, diese blassen, blaugeäderten, unruhigen Kinderhände festzuhalten und zu streicheln.

„Dann sind wir uns ähnlich," sagte er und beugte sich ein wenig vor.

„Ich finde auch, daß die Vergangenheit viel, viel schöner und liebenswerter war. Aber davon muß man sich freimachen. Die Gegenwart verpflichtet zum Nachdenken, zum Mitarbeiten, zum Mitleben. Denn wir leben für die Zukunft."

Wie dankbar sie ihn ansah!

„Sie als Dichter dürfen wohl so sprechen. Aber wir Menschen vom Alltag, wir sind nur Steine, die liegen bleiben, wo man sie hingeworfen hat. Wir können nicht die Flügel heben wie Sie, wir haben keine."

Was für eine grausame Ironie, dachte Martin bewegt. Da sitzt ein junges Menschenkind, dem die Macht des Goldes alles in den Schoß geworfen, was es sich wünschen mag, und es spricht wie eine Nonne, in der aller Wunsch und alle Freude abgetötet ist . . . . Er suchte nach einer Entgegnung, die auf ihren Gedankengang einging.

„Gnädiges Fräulein, die Flügel allein machen es nicht. Tote Dinge, also auch Steine, lebendig machen, darauf kommt es an. Jeder von uns hat einen Beruf, eine Mission zu erfüllen. Und ich könnte mir denken, daß gerade Sie den schönsten und edelsten vor sich sehen. Sie haben Ihren Vater —"

Sie unterbrach ihn sofort.

„Ich habe seine Liebe, ihn selbst habe ich nicht. Er gehört zu vielen Dingen und Menschen, die außerhalb meines Gedankenkreises stehen."

„Das Schicksal teilen Sie mit allen, die zu außergewöhnlichen Menschen gehören. Und was wollen Sie schließlich mehr als seine Liebe?"

Er erschrak über den finsteren Zug, der plötzlich ihr unbedeutendes Gesicht straffte.

„Man weiß nie," sagte sie, „ob man sie nicht eines Tages auch noch teilen muß. Was bleibt mir dann? Nur Dinge, die ich entbehren kann. Sie sagten es vorhin nicht so, aber Sie meinten es gewiß, daß der Reichtum meines Vaters mir meine Pflichten gibt. Ja, so fasse ich es auch auf. Ich habe meine Armen und Kranken, ich habe Verwaiste und Verlorene, Verlassene und Vergessene, für die ich sorge und die auf mich warten. Ich kann vielen helfen, aber nicht allen. Für mich selbst habe ich meine Blumen und meine Bücher, meine Erinnerungen und meine Träume. Und meine Aengste. Aber zwischen allem, was um mich ist und um mich lebt, bin ich einsam. Sehr einsam."

„So jung und einsam?"

„Ich bin alt," gab sie hart zurück. „Ich bin wie ein Kranker, der ewig trinken möchte und nicht trinken kann. Als ich ganz klein war und arm, da war ich reich und glücklich. Seit wir reich sind, bin ich arm und alt, habe keine Freude und keine Freunde mehr. Seitdem bin ich einsam. Und wie alle Einsamen spreche ich viel zu mir selbst und von mir selbst. Und nun auch zu Ihnen. Das ist sehr ungehörig, verzeihen Sie."

Hinter den spitzen, grauen Zügen schaute plötzlich ein liebes, bittendes Kindergesicht heraus, das Martin tief ergriff. Er fühlte, daß sich in der Wärme irgend eines Vertrauens eine seltene und kostbare Blüte erschließen wollte. Sie mußte gehütet werden.

„Wir Dichter," sagte er warm und herzlich, „schreiben Menschenschicksale in unser Herz. In meinem Herzen sind schon manche Schicksale niedergelegt. Darin lese und lebe ich, und kein anderer erfährt davon. In diesem goldenen Buch des Lebens ist auch Raum für Sie. Verfügen Sie über ihn, wann und wie Sie wollen."

In überströmendem Glück streckte sie beide Hände nach ihm aus mit halb abgewendetem Gesicht.

„Das ist so viel — das ist zu viel," stammelte sie.

Nun hielt er die kleinen, zuckenden Finger fest.

„Und was man ist, das bleibt man anderen schuldig — dieses Goethewort soll das Motto für das Kapitel „Gertraude" sein."

„Ich weiß," sagte sie, „das steht im „Tasso". Ich habe es früher nie so recht verstehen können. Und nun auf einmal ist es mir ganz klar. Ich werde mir den „Tasso" gleich einmal wieder vornehmen. Empfehlen Sie mir gelegentlich überhaupt einige von Ihren alten, guten Freunden da oben. Vielleicht können es auch die meinen werden, und dann haben wir schon einen gemeinsamen Freundeskreis."

Sie war ganz eifrig, und das machte sie so jung, wie sie den Jahren nach war.

(Fortsetzung folgt.)

Familie von der Goltz seinen Bestand und noch jetzt wirksame Förderung. Vor dem Kriege in aufblühender Entwicklung begriffen, kam bei Kriegsausbruch ein eben begonnener Erweiterungsbau zu unvermutetem, langem Stillstand, so daß dieser Teil des Krüppelheims noch heute von ferne den schmerzlichen Eindruck einer Ruine macht. Die übrigen Teile der Anstalt sind mit allen modernen ärztlichen Einrichtungen versehen, so daß die ärztliche Kunst im Verein mit der sachgemäßen und treuen Pflege durch die tapferen Schwestern überraschende Erfolge erzielt hat.

Die Unterredung, die Pfarrer Kammel bei der Visitation mit der Hausgemeinde mit den Pfleglingen über Lied und Gebet hielt, gab einen hocherfreulichen Eindruck davon, wie treulich die Kinder auch innerlich gefördert und mit fröhlichem Christenmut ausgerüstet werden. Superintendent Starke hielt der Schwesternschaft eine besondere Andacht über Gebetshilfe. Auch der Generalsuperintendent grüßte die Schwestern noch mit herzlichen Segenswünschen für ihre schwere, aber schöne Arbeit, worauf der kleine, aber feingeschulte Schwesternchor mit einigen frischen und sehr gut gesungenen Liedern antwortete.

Der Montag gehörte den Kirchengemeinden Wissek und Grabau.

Das freundliche Landstädtchen Wissek hatte zum Empfang des kirchlichen Oberhirten ein festliches Gewand angelegt: alle evangelischen Häuser waren mit frischem Birkengrün und Blumen prächtig ausgeschmückt, besonders festlich die mitten auf dem Markt stehende Kirche und das Pfarrhaus, wo der Posaunenchor, der am Tage zuvor bereits mit dem Elsinger zusammengewirkt hatte, den künftigen Bischof mit einem Choral begrüßte. Im Gottesdienste, den auch ein Chor des Jugendbundes verschönte, predigte der Ortsgeistliche, Pfarrer Paarmann über den guten Wandel einer Diaspora-Gemeinde, der Generalsuperintendent hielt die Visitationsansprache über die Zeugnispflicht der Gemeinde, und Pfarrer Kammel sprach mit der konfirmierten Jugend von der rechten Freiheit und dem rechten Gehorsam, während Pfarrer Benicken den Kindergottesdienst abhielt. Ebenso wie in Elsingen war in Wissek Graf von der Goltz auf Czaicze zur Visitationskommission hinzugezogen.

Wissek ist eine jüngere Gemeinde, 1864 von Grabau, Lobsenz und Krojanke abgezweigt, obwohl es bereits seit 1797 ein kleines Bethaus besaß. Die jetzige Kirche wurde 1883 durch Generalsuperintendent D. Geß eingeweiht. Leider ist die Seelenzahl in den letzten Jahren von 1800 auf 1200 gesunken; trotzdem war die Kirche sehr gut besucht, ein Zeichen der inneren Teilnahme der Gemeinde an der Visitation.

Von Wissek führte ein gut gefahrener Viererzug den Generalsuperintendent nach dem in grüne Gärten mit zahlreichen blühenden Obstbäumen eingebetteten Grabau, wo die Schulkinder Spalier bildeten, und wo unter einer Ehrenpforte vor dem Pfarrhause der Gemeindekirchenrat mit dem Ortspfarrer die Kommission begrüßte. In der Kirche umrahmten Chorgesänge eines von Frau Büttner-Klein-Wissek aus ihren Gutsleuten gebildeten Kirchenchors und eines Gemeinschaftschors den Gemeindegesang. Pfarrer Klar als Ortsgeistlicher predigte über das Salz und Licht der Welt, Superintendent Müller hielt die Visitationsansprache über den Geist der Kraft, der Liebe und der Zucht, der Generalsuperintendent sprach mit der Jugend über die Bekenntnispflicht des Christen, während Pfarrer Kammel den Schulgottesdienst über Jesus und die Kirche hielt. Nach dem Gottesdienst besichtigte die Kommission noch die Grabstätte der um die Gründung des Kirchspiels Grabau sehr verdienten Grafen Goltz in den wohlgepflegten Gartenanlagen des Kirchenältesten Nesemann, dem auch die reiche Ausschmückung der Kirche und des Pfarrhauses zu danken ist. Schon 1773 bemühte sich Stanislaus Graf von der Goltz, dessen Familie von altersher in der Gegend reich begütert war, um die Errichtung des Kirchspiels Grabau, das dann 1790 ins Leben trat. 1791 erbaute der Stifter die Kirche und stattete sie mit vier kulmischen Hufen Land aus. Die jetzige Kirche wurde unter dem Patronat des Fürsten Hohenlohe-Schillingsfürst 1876 erbaut.

Ungefähr gleichzeitig und in einer Art Wettbewerb entstand das Kirchspiel Brostowo-Friedheim, da der Besitzer von Brostowo, Peter Arndt, der Einpfarrung nach Grabau widerstrebte. Die auf diese Weise 1795 entstandene Kirchengemeinde umfaßt heute drei Kirchen: die stattliche Kirche zu Brostowo, die schlichte Fachwerk-Kirche in Friedheim und das erst 1913 eingeweihte, ganz besonders schmucke Kirchlein von Erpel, die sämtlich bei der Visitation mit Gottesdiensten bedacht wurden und schön geschmückt und zahlreich besucht waren. Der Ortspfarrer Müschner predigte in Friedheim über Psalm 46: „Ein' feste Burg ist unser Gott“, und der Generalsuperintendent hielt die Visitationsansprache. Sodann begab sich die gesamte Kommission, durch Landwirt Richard Bohn verstärkt, sowie ein großer Teil der Gemeinde nach Brostowo, wo Pfarrer Kammel über die Frage: „Wann kommt das Reich Gottes?“ predigte und Pfarrer Benicken mit den Konfirmierten das Gleichnis vom Unkraut unter dem Weizen behandelte. Der Generalsuperintendent schloß den Gottesdienst mit einer Ansprache ab und hielt, wie überall, die Sitzung mit dem Gemeindekirchenrat. Die Schulkinder sammelte zu einem Kindergottesdienst Superintendent Müller, während in Erpel Superintendent Starke und Pfarrer Benicken Predigt- und Schulgottesdienst hielten in einer Gemeinde, wo 20 evangelische Kinder seit längerer Zeit die katholische Schule besuchen müssen und dort keinen Religionsunterricht erhalten. Gut geleitete Kirchenchöre sangen in Friedheim und Brostowo wohlgewählte Lieder. Auch die landschaftlich schön gelegenen alten Friedhöfe in Brostowo und Friedheim wurden besucht. Von dem Friedheimer Friedhof aus hat man einen prächtigen Rundblick über die herrliche Hügellandschaft, die Friedheim umgibt.

Stadtverordnetensitzung

Die vorgestrige Stadtverordnetensitzung nahm ohne lange Erörterungen einen kurzen Verlauf.

Ueber die Arbeitslosenvorlage

wurde vom Stadtv. Buggel referiert. Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat bekanntlich bis zur Einführung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes in seinem Budget für die Arbeitslosenfürsorge der Kommunalverbände eine Kredithilfe vorgesehen, die dort in Anwendung kommen soll, wo der Arbeitsmangel besondere Abhilfe verlangt. Aus eigenen Mitteln wurden vom Magistrat größere Summen bewilligt, die 120 Arbeitern, die bei der Niederreißung von Befestigungswällen beschäftigt werden, Erwerbsmöglichkeit geben. Die Ausgaben betragen täglich 420 Złoty. Zwecks Fortsetzung der Arbeiten und Erwerbsermöglichung für weitere Arbeitslose, deren eingetragene Zahl nach amtlicher Feststellung 555 beträgt, faktisch jedoch sich auf 800 bis 1000 belaufen wird, hat der Magistrat beschlossen, von den Ministerialkrediten Gebrauch zu machen und die Zuweisung von 50 000 Złoty zu beantragen. Wenn diese Summe zur Verfügung steht, dann könnten 200 Arbeitslose für die Dauer von 3 Monaten beschäftigt werden. Es bleibt noch, darauf hinzuweisen, daß es sich bis zum Jahresende um zinslosen Kredit handelt.

Die Stadtverordnetenversammlung, die in ihrer Sitzung vom 21. Mai eine entsprechende Entschließung angenommen hatte, billigte die eingebrachte Vorlage ohne Widerspruch.

Es folgte die

Erledigung zweier Fluchtlinienpläne,

von denen der eine den Stadtteil beim Schloßberg betrifft, wo wichtige Veränderungen auf dem Gebiete des Verkehrs vorgenommen werden sollen. Geplant ist eine Verbindung der Aleje Marcinkowskiego (fr. Wilhelmstr.) mit der ul. Zamkowa (fr. Schloßstr.), der ul. Ludgardy (fr. Museumsstraße), mit dem plac Sapieżyński (früher Sapiehaplatz). Als begründende Vorteile gelten Kommunikationsverkürzung und Entlastung der ul. Nowa (fr. Neuestr.)

Einbringung des Stadthaushalts für 1924.

Zum Schluß der Sitzung wurde vom Stadtpräsidenten der Voranschlag für 1924 eingebracht, aus dem bereits an anderer Stelle von uns Einzelheiten wiedergegeben wurden. Das trotz seiner Aufstellung in stabilisierter Valuta irreale Budget sieht keinen Ausbauetat vor. Die Wohnungsobligationen der Stadt sind nur zum geringen Teil ausgekauft worden. Der Ausbau kann sich nicht auf die Steuern stützen, die im Voranschlag nach den Ausführungen des Stadtpräsidenten im Vergleich zum Jahre 1914 die Bevölkerung auf den Kopf nur zur Hälfte belasten. Da sich jetzt die Arbeitsentlohnung den Vorkriegsverhältnissen angeglichen habe, könne von einer Steuerüberlastung keineswegs die Rede sein. Während vor dem Kriege die Gebäudesteuer der Grundstock des Voranschlags war, steht sie jetzt in der Reihe der Steuern an 6. Stelle. Dagegen spielen die Einkommensteuern die erste Rolle. Die zweite spielt die Umsatzsteuer. Beide zusammen halten allen übrigen Steuern die Wage. Die dritte Stelle nehmen die Verbrauchssteuern ein. Es folgt dann die Wohnungssteuer, die in anderen Großstädten Polens eine ganz andere Rolle spielt. Die Lustbarkeitssteuer ist auf 10 Prozent des Gesamtbudgets veranschlagt. Die Gebäudesteuern sollen eine Viertelmillion Złoty bringen. Es folgen dann die Hotelsteuer, die Hundesteuer und die Kraftwagensteuer.

Was die Ausgaben betrifft, so beträgt die Position der sozialen Fürsorge 11 Prozent des Gesamtbudgets, während das prozentuale Verhältnis vor dem Kriege 6 zu 100 betrug. Andererseits stehen sich bei der Theaterposition 1.86 Prozent vor dem Kriege und 1,16 Proz. im diesjährigen Haushaltsvoranschlag gegenüber. Einen Ueberschuß sollen u. a. das Elektrizitätswerk, die Gasanstalt und die Umladestelle abwerfen. Mit Fehlbeträgen sind veranschlagt: Allgemeine Verwaltung, Schulwesen, Armen- und Jugendfürsorge, Krankenhaus, Tief- und Hochbauwesen, Kanalisation, Park- und Gartenverwaltung, Feuerwehr, Kapital- und Schuldenverwaltung, Theater, Badeanstalten, Fuhrpark und Straßenreinigung.

Das vorige Jahr wurde, wie der Vizepräsident Dr. Kiedacz hervorhob, trotz der Inflation infolge vorsichtiger und umsichtiger Wirtschaft ohne Defizit abgeschlossen.

Das diesjährige Budget wird erst in den Ausschüssen erörtert, worauf die Generalaussprache folgen wird.

Eine neue Bluttat!

Am gestrigen Himmelfahrtstage, abends in der 10. Stunde, kam es in dem Siebertschen Restaurationsgarten auf der Zawade zwischen mehreren angetrunkenen jungen Leuten aus Główno bzw. Posen zu einem heftigen Streit, in dessen Verlauf der 24jährige Arbeiter Jan Kmieciak aus Główno einen gefährlichen Messerstich in den Hals erhielt. Er wurde alsbald dem Stadtkrankenhause im Kraftwagen zugeführt, starb aber kurze Zeit nach seiner Einlieferung. Die an der Schlägerei Beteiligten, und zwar die Arbeiter Andrzej Kiel und Maksimiljan Grell aus Główno, sowie Sylwester Maćkowski von der Schrodka, wurden festgenommen.

Ein Bild des Posener Wohnungselends

entwarf eine Gerichtsverhandlung am Dienstag vor dem hiesigen Sąd Okręgowy unter dem Vorsitz des Gerichtsdirektors Piotrowicz. Der „Dziennik“ berichtet darüber folgendes:

Der Oberleutnant Zygmunt Jankowski, der beim Hausbesitzer Leon Bogajski, Bernhardinerplatz 4, eine Wohnung inne hatte, kam mit dem Kaufmann N. Woskowski, der in einer Villa in Dembsen wohnte, überein, die Wohnungen auszutauschen. Der Besitzer Bogajski war grundsätzlich damit einverstanden, trat dann aber zurück, als Woskowski sich weigerte, die von Bogajski verlangten 60 Millionen angebliche Renovierungskosten zu zahlen. Das Schiedsgericht, das angerufen wurde, entschied zugunsten des Kaufmanns W. Auf Grund dieser Entscheidung unternahmen im September v. Js. J. und W. gleichzeitig den Umzug. Als W. erst einen Teil seiner Möbel in der Wohnung untergebracht hatte, erschien auf dem Platze Polizei, eine Abteilung Gendarmen im Helm und mit Karabinern und fünf Soldaten unter Führung eines Sergeanten, die den weiteren Einzug in die Wohnung verboten. Es blieb W. nichts weiter übrig, als den Rest des Hauswesens wieder zurück nach Dembsen zu fahren. Dieser Zustand dauerte bis Oktober. In dieser Zeit hatte die Familie W. fürchterlich zu leiden, denn sie hatte nicht einmal Betten, um schlafen zu können. Als W. am 20. Oktober nach Hause kam, bemerkte er einen großen Auflauf. Er sah, wie ein Haufen Leute seine Möbel usw. auf den von einer Umzugsgesellschaft gestellten Wagen lud. Es ging dabei fürchterlich zu: Möbel wurden demoliert, Porzellan zerschlagen, in Ölgemälde wurden faustgroße Löcher geschlagen, und es wurde natürlich auch gestohlen. In der Wohnung fand W. seine Frau in Ohnmacht liegend vor, seine Tochter in Verzweiflung. W. holte Polizei herbei, aber die konnte nichts ausrichten, weil die Menschenmasse, von Bogajski und einem gewissen Stefan Bleszcz kommandiert, die Polizei einfach auslachte. In seiner Verzweiflung lief W. zur Staatsanwaltschaft, und erst diese Intervention hatte Erfolg. W. verlangte nun seinen Hausrat zurück, Bogajski und seine Frau verboten aber der Umzugsgesellschaft dessen Herausgabe. Erst auf erneute Intervention der Polizei wurden die Möbel usw. herausgegeben bis auf einige Stücke, die als Pfand für die Umzugskosten zurückbehalten wurden. Diesen Skandal provozierte Bogajski nur deshalb, weil er W. heraushaben wollte und weil er inzwischen einen anderen Mieter gefunden hatte, der ihm die verlangten Millionen zahlen wollte.

Dies der Untergrund des Vorganges. Leon Bogajski und Stefan Bleszcz hatten sich wegen öffentlicher Gewalt und Vergehens gegen die öffentliche Ordnung zu verantworten. Bogajski erhielt sechs, Bleszcz acht Monate Gefängnis. Woskowski hatte allerdings insofern einen Fehler begangen, als er noch vor der Rechtskräftigkeit des Urteils den Umzug bewirkte.

Preisunterschiede.

Ein größeres Gut im Thorner Kreise bestellte im Inlande 1000 Stück Kiefernpflanzen und sollte dafür drei Milliarden bezahlen. Daraufhin zog es seine Bestellung zurück und bezog die Kiefern aus dem Auslande. Hier stellte sich der Preis auf rd. 30 Millionen Mark; dazu kamen allerdings noch die Kosten für die amtlichen Bescheinigungen, daß die Pflanzen mit keinerlei ansteckenden Krankheiten behaftet seien und die Zollkosten. Obwohl die Pflanzen drei Wochen auf der Grenzstation gelegen haben, waren nur 200 Stück unbrauchbar. Wodurch ist solch ein riesiger Preisunterschied eigentlich möglich?

Der Umtausch der polnischen Marknoten in Złoty beginnt bekanntlich am 1. Juni d. J., und nach dem 1. Juli soll die Polenmark ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel verlieren. Das bedeutet, daß dann zwar niemand verpflichtet ist, Polenmark als Zahlungsmittel anzunehmen, es bedeutet aber nicht, daß die Marknoten dann etwa wertlos wären. Vielmehr ist für den Umtausch der Marknoten in Złoty bei Banken und Zweigstellen der Bank Polski noch ein volles Jahr vorgesehen, nämlich bis zum 31. Mai 1925. Erst von diesem Zeitpunkt ab wären die Marknoten ganz außer Kurs gesetzt. Im übrigen wird demnächst eine Verordnung des Finanzministers die ganze Regelung näher festlegen.

X **Die Frist zum Umtausch der nicht mehr gültigen polnischen Briefmarken** läuft, worauf nochmals aufmerksam gemacht sei, mit dem morgigen Sonnabend ab.

X **Die Pfingstschulferien** beginnen am 6. Juni nach Schluß des Unterrichts und dauern bis einschl. 11. Juni. Am 12. Juni früh wird der Unterricht wieder aufgenommen.

Zinslose Darlehen für Lehrer. Der Unterrichtsminister richtete an die Bezirkskuratorien ein Rundschreiben, wonach allen etatsmäßig angestellten Lehrern der Volksschulen zur Beschaffung von Bekleidungssachen usw. ein zinsloses Darlehen erteilt werden kann, jedoch unter dem Vorbehalt, daß dieses Darlehen, das sozusagen einen Vorschuß darstellt, bis zum 31. Januar 1925 zurückgezahlt wird.

X **Richtigstellung.** In Nr. 121 brachten wir die Notiz „Einführung der Złotybuchführung“. Darin war u. a. gesagt, daß das Kapital einer Aktiengesellschaft mindestens 25 000 Złoty betragen müsse. Das ist falsch; es handelt sich um Aktiengenossenschaften. Die nachdruckenden Blätter werden gut tun, von dieser Richtigstellung ebenfalls Notiz zu nehmen.

X **Arbeitertransport nach Frankreich.** 120 männliche Arbeiter sind heute in 2 Eisenbahnwagen nach Frankreich abgegangen. In Stensch werden die Arbeiter von der deutschen Bahn übernommen und bis an die französische Grenze gebracht; hier werden sie von der französischen Bahn übernommen und ihrem Bestimmungsort zugeführt. — Montag geht ein gemischter Transport, Männer, Frauen und Kinder, von zusammen 1200 Köpfen ab. Dieser Transport geht nach Danzig und wird auf dem Wasserwege nach Frankreich gebracht.

X **Kantvorträge.** Der nächste, fünfte Kantvortrag des Superintendenten Rhode, behandelnd die Ethik Kants, findet Montag, 2. Juni, 8 Uhr im Konfirmandensaal der Paulikirche statt.

Konzert. Am Donnerstag, dem 5. Juni 1924, abends 8 Uhr, veranstaltet im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses die bekannte Posener Gesanglehrerin Henny Fuchs mit ihren Schülerinnen einen Musikalischen Vortragsabend zum Besten des Altersheims. Zum Vortrage gelangen Sologesänge, Duette, Quartette und drei- und vierstimmige Frauenchöre von Gluck, Schumann, Schubert, Mozart, Brahms, Cornelius, Rich. Wagner u. a. Eintrittskarten zu 5 und 3 Millionen Mark in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung und an der Abendkasse. (Siehe Anzeige.)

X **Der Ruderklub „Neptun“** veranstaltet am Sonntag, dem 1. Juni, früh 8 Uhr, eine Morgenzusammenkunft seiner Mitglieder und deren Familien im Bootshausgarten, worauf auch an dieser Stelle hingewiesen sei.

Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein unternimmt Sonntag, 1. Juni einen Ausflug an den Ketscher See. (Mit Damen.) Abfahrt nachm. 3[25] Uhr nach Kiekrz. Wanderung um den See und zu Fuß nach Posen. Gäste willkommen.

Der gemischte Chor Poznań veranstaltet am Sonntag, dem 1. Juni, einen Familienausflug nach Moschin, Krosno-Hauland und dem Walde bei Ludwigshöhe. Abfahrt von Posen Hauptbahnhof Sonntag morgen um 7[55] Uhr mit dem fahrplanmäßigen Personenzuge nach Moschin. Nachzügler können mit späteren Zügen fahren. Treffpunkt Gastwirtschaft von Jochmann in Krosno-Hauland. Die Verlegung des erst für den Himmelfahrtstag geplanten Ausfluges erfolgte mit Rücksicht auf den Ausflug des Kirchenchors nach Sassenheim.

X **Für die Auerochsen des Zoologischen Gartens.** Die Gräfin Bnińska hat für die Verpflegung der kürzlich im Zoologischen Garten eingetroffenen Auerochsen auf einen Aufruf hin 10 Ztr. Quetschhafer gespendet. Weitere 10 Ztr. Hafer spendete Herr Jerzy Bukowski. Die Auerochsen zeigen außerordentlichen Appetit.

□ **Posener Wochenmarktspreise.** Auf dem Freitag-Wochenmarkt herrschte ein Massenangebot in Rhabarber und Apfelsinen. Der erstere kostete das Pfund 500 000 Mk., eine Apfelsine 300 000 Mark. Im übrigen zahlte man für das Pfund Landbutter 2¼ Millionen, die Mandel Eier 1 800 000 M., das Pfund Spinat 500 000 M., Zwiebeln 1 Million, dicken Spargel 1½ Millionen, Aepfel 1—2½ Millionen, Erbsen 4—600 000 M., Bohnen 1 Million, Schweinefleisch 1 200 000

„Die spanische Fliege.“

Nach einer langen Atempause hat der Deutsche Theaterverein die Posener Deutschen wieder einmal in den großen Saal des Zoologischen Gartens geladen, um ihnen dieses Lustspiel von Franz Arnold und Ernst Bach vorzusetzen. Wir haben uns diesem Lustspiel gegenüber weniger kritisch einzustellen, da ein heiterer Abend geplant war, der auf der einen Seite den Zweck haben sollte, die Zuhörer zum Lachen zu bringen, während auf der anderen Seite auch an die Kasse gedacht worden ist. Auch solche Stücke, wie diese „spanische Fliege“, sind mitunter nötig, um wieder alte Bekanntschaften aufzufrischen.

Es ist ein toll durcheinander wirbelnder Schwank, der im Hintergrunde verschiedene Jugendtorheiten zur Unterlage hat, an deren Folgen noch einige „angesehene Leute“, die mittlerweise zum Teil sehr sittlich geworden sind, zu kauen haben, während im Vordergrund die „moralisierende“ Gegenwart sich im Kampf mit diesen „Verworfenen“ befindet. An der ersten Stelle steht der Mostrichfabrikant Klinke, der das Verhältnis zu der spanischen Tänzerin, genannt „Spanische Fliege“, gehabt hat, an deren Folgen noch 25 Jahre hindurch sein Geldbeutel zu tragen hat, obwohl diese „Folgen“ doch weiter nichts als ein Bluff sind, auf den noch andere Leidtragende hineinfielen. Der Darsteller hat seine Rolle mit drastischer Komik gelöst. Er gewann dieser derben Berliner Gestalt die fröhlichsten Seiten ab und stellte uns einen Spießer hin, über den man herzlich lachen konnte. „Ein jeder Zoll nur Mostrich“ könnte man ausrufen, wenn man diese komische Figur sieht, die trotz seiner Länge und Korpulenz sich bei jeder Kleinigkeit „lang legen“ möchte. Als Gegenstück prunkt die sittenstrenge, mostrichfeindliche Gattin. Sie ist die Präsidentin der großen „Sittlichkeitsblase“, die jeder Gelegenheit nachschnüffelt und nicht ahnt, daß ihr Mann der Hauptverbrecher ist. Die Darstellerin bietet uns eine lebendige Gestalt, keine Karrikatur in den verschiedensten Verzerrungen, und das mag als Lob genügen. Unter den weiteren Figuren des Stückes erscheint ein sehr diplomatisch redender Reichstagsabgeordneter, der auch ein Sittenriecher ist, der mitbeteiligte Spürer nach den Fehlern der anderen, Wimmer, der auch an der spanischen Fliege beteiligt ist, beide ihren Rollen angepaßt und mit der nötigen Würde bzw. Drastik geziert.

Gerlach, der Liebhaber des Stückes, macht eine gute Figur und lenkt geschickt die ganze Komödie zu einem erquicklichen Schluß. Tiedemeier, ein wirkliches Unglückslamm, etwas sehr unbeholfen und mit wenig Routine ausgestattet, aber das wirkt auch manchmal komisch. Doch als Hauptfigur mag hier der echte Sachse“ gelten, der den „Chemnitzer Asiriolochen“ mit unverfälschter Natürlichkeit spielt und sogar Gefühl für das Groteske hat, ohne daraus eine unwahre Figur zu machen.

Frisch und lustig ist die Darstellerin der Paula, die immer zwischen Fröhlichkeit, Verliebtsein und Sentimentalität herumtaumelt und so eine hübsch erfundene Abwechslung in die zwerchfellerschütternden Szenen fügt. Die Darstellerin der Wally, die sich in den „Asiriolochen“ verliebt, ist mitunter recht nett, kommt jedoch selten über das Gefühl hinweg, natürlich zu sein, nichts weiter, als ein junges Mädchen darzustellen. Es kommt da manches Gekünstelte hinein, das sich wohl mit der Zeit noch geben dürfte. Dem alten Stadtrat Meisel glaubt man weder seine Grobheit, noch sein Alter, während die Darstellerin der Frau Stadtrat, die als die spanische Fliege verkannt wird, trotz schlechter Maske, verschiedene nette Charakterzüge aufzuweisen hat, die das Gesamtbild abrunden. Zum Schluß mag auch die Wirtschafterin nicht vergessen sein, die derb und grade, die Verbindung zwischen den einzelnen Szenen herstellen kann.

Die Leitung in bekannter Hand, Frau Lina Starke hat schwungvoll und flüssig die Szenen durchgeführt. Die Darsteller bewegen sich als Gesamtheit sehr gut. Das Publikum war sehr guter Laune und lachte sich unter die Stühle. Am Schluß der Akte (und auch manchmal mitten drin), nicht mit Beifall kargend. —sa.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— **Kantfeier in der Warschauer Universität.** Am 22. Mai fand um 12 Uhr in der Universitätsaula eine Feier des 200. Geburtstages Kants mit folgendem Programm statt: 1. Eröffnungsrede des Rektors. 2. Vortrag des Prof. Dr. Tatarkiewicz „Ueber die Philosophie Kants“.

— **Deutsches Händelfest in Leipzig.** Ende September findet in Leipzig ein groß angelegtes, dreitägiges Händelfest statt, dessen Aufführungen und Programme alle Gebiete des Händelschen Schaffens umfassen werden. Von besonderem Interesse wird die szenische Aufführung des Oratoriums „Belsazar“ sein. Die Geschäftsstelle des Deutschen Händelfestes befindet sich in Leipzig (bei Breitkopf u. Härtel), Nürnberger Straße 36.

Mark, Speck 1 Million, Kalbfleisch 1 Million, eine Zitrone 150 000 Mark, einen Hering 250 000 M., einen Kopf Salat 250 000 M.

X **Die Pfarrkirche** wird heute und morgen im Innern vom Staub gereinigt. Zu diesem Zwecke ist von der Feuerwehr eine drehbare Ausziehleiter entliehen worden.

X **Die Gerichtsferien** beginnen am 15. Juli und dauern bis 15. September einschließlich. Die Ferien des Höchsten Tribunals dauern einen Monat länger, bis einschl. 15. Oktober. Während der Ferien werden nur ganz dringende Sachen erledigt.

X **Der Friedensstifter mit der Axt.** In der ul. Piotra Wawrzyniaka 23 (fr. Kaiser Friedrichstraße) war es Mittwoch nachmittag zwischen zwei Hausbewohnerinnen wegen der Kinder zu einem heftigen Streit gekommen. Der Ehemann der einen, Szarolato, ging schließlich mit einem Beile zwischen die streitsüchtigen Frauen und versetzte der Gegnerin seiner Frau, der Frau Anna Jachalska, einen Hieb über den Kopf, daß sie schwerverletzt zusammenbrach und in ärztliche Behandlung gegeben werden mußte.

X **Als Betrüger festgenommen** wurde der 21jährige Versicherungsagent Edmund Babski aus Posen, der während seiner Tätigkeit für mehrere Versicherungsgesellschaften den Versicherten Beträge zwischen 3 600 000 bis 40 Millionen abgeschwindelt hatte.

X **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Ein von der Kriminalpolizei beschlagnahmtes Pferdegeschirr für einen Einspänner mit dunkelbrauner Leine und Nickelbeschlag kann im Zimmer 37 der Kriminalpolizei besichtigt werden.

X **Bei einem Diebstahl überrascht wurde in einem Manufakturwarengeschäft in der ul. Półwiejska 41 (fr. Halbdorfstr.) eine Frau, die 15 Meter Voilestoff im Werte von 150 Millionen stehlen wollte.**

X **Diebstähle.** Gestohlen wurden: am Himmelfahrtstage auf dem Hauptbahnhofe aus einem Wartesaal eine Handtasche; aus einer Bodenkammer der ul. Piotra Wawrzyniaka 6 (fr. Kaiser Friedrichstraße) Herrenleibwäsche im Werte von 130 Millionen; in der ul. Jasna 11 (fr. Buddestraße) in der Nacht zum 28. d. Mts. aus dem Kontor der Firma Bąkowski und Smolibowski Postwertzeichen, Invalidenmarken und Schreibmaterialien im Werte von einer halben Milliarde; aus einer Wohnung in der ul. Franciszka Ratajczaka 22 (fr. Ritterstraße) eine Violine und ein Gummimantel im Werte von 400 Millionen; auf dem Alten Markt 30 aus einer Wohnung 900 Millionen bares Geld; auf dem Schilling aus einer Wohnung für 150 Millionen Mark Sohlenleder; aus einem Stalle der ul. Wrocławska 15 (fr. Breslauer Straße) ein Pferdegeschirr aus rotem Leder mit Silberbeschlag im Werte von 1½ Milliarden; aus dem Grundstück ul. Cieszkowskiego (fr. Königstraße) ein Fahrrad, Marke Puch, Nr. 167 591, im Werte von 500 Millionen.

X **Polizeilich festgenommen** wurden am Mittwoch und Donnerstag: 8 Betrunkene, 16 Dirnen, 1 Person wegen schwerer Körperverletzung, 2 wegen Umhertreibens, 2 wegen Unzucht, 1 Bettler, 4 Diebe, 1 Betrüger und 1 gesuchte Person.

* **Bromberg**, 28. Mai. Das Fest der goldenen Hochzeit beging am heutigen Mittwoch ein alteingesessener hochgeschätzter Bromberger Mitbürger, der Friseurmeister Hermann Uthke mit seiner Gattin Wanda geb. Schmidtke. Die kirchliche Einsegnung des Jubelpaares vollzog Superintendent Aßmann im Kreise aller Anverwandten, darunter auch der Kinder und Enkel, die aus Deutschland erschienen waren.

* **Dirschau**, 27. Mai. Ein tödlicher Unfall ereignete sich gestern nachmittag auf dem großen Holzfelde auf der Podlitz, der Firma Rossowicz gehörig. Der 10jährige Sohn Edmund des Eisenbahnbediensteten Lipinski aus der Mittwochstraße spielte dort mit noch 2 gleichaltrigen Knaben an den dort hoch aufgestapelten Schwellen herum. Einer dieser Jungen, der sich bereits oben auf dem Holzstapel befand, reichte dem noch untenstehenden Lipinski die Hand, um ihn gleichfalls zu sich heraufzuziehen. Hierbei gerieten aber die schweren Hölzer ins Rollen, wobei L. zu Fall kam und nun von den herabstürzenden Bohlen bedeckt wurde, während es dem schon oben befindlichen Jungen R. gelang, noch rechtzeitig zur anderen Seite abzuspringen. Auf die Hilferufe eilten zwar sogleich mehrere Männer hinzu und holten den unter den Hölzern liegenden Jungen hervor, er hatte jedoch derartige schwere Quetschungen, vornehmlich am Kopfe, erlitten, daß er bald nach seiner Einlieferung in das Vinzenzkrankenhaus verstorben ist.

* **Inowrocław**, 28. Mai. In der Nacht zum 17. d. Mts. zertrümmerten bisher unermittelte Diebe das zur Sakristei führende Gitterfenster der katholischen Kirche in Pępowo, Kreis Inowrocław, und stahlen ein mit Spitzen eingefaßtes Meßgewand sowie verschiedene Kirchengeräte im Gesamtwerte von 60 Złoty, worauf sie noch vor ihrem Abzuge die Altarstufen verunreinigten.

* **Kolmar**, 28. Mai. Freitag nachmittag überfuhr ein gewisser August Magnucki aus Wymysław das dreijährige Söhnchen des Herrn Szafran aus der ul. Piekary. Das Kind wurde ins Johanniterkrankenhaus gebracht, wo es am nächsten Tage seinen Verletzungen erlag. Die Mutter des Kindes liegt zurzeit schwerkrank in einem Posener Krankenhause. — Am Freitag nachmittag entlud sich ein schweres Gewitter über unsere Stadt. Der Blitz schlug in ein Gebäude des Herrn Żychski in der ul. Kościuszki und zündete. Durch die Fabrikfeuerwehr aus der Manczakschen Steingutfabrik wurde das Feuer in einer Stunde gelöscht. Die Stallungen sind bis auf den Grund abgebrannt.

* **Lissa i. P.**, 28. Mai. Bei dem am Freitag niedergegangenen kurzen Gewitter schlug der Blitz (kalter Schlag) in das Bureau der Getreidehandlung Ig. Jezierski, das sich im Hause des Herrn M. Raszewski, Ecke Św. Jakóba — ul. Leszczyńskich befindet, ein, und zertrümmerte dort ein großes Fenster, das sich im hinteren Raum befindet, ohne sonst weiteren Schaden anzurichten.

* **Pinne**, 28. Mai. Die am 9. Februar d. Js. für einige Ortschaften des Distriktsbezirks Pinne angeordnete Hundesperre wurde aufgehoben.

* **Samter**, 28. Mai. Bei einem getöteten Hunde in Radzyn wurde Tollwut festgestellt. Aus diesem Grunde ist für alle Ortschaften, die im Umkreis von 10 Kilometern von Radzyn liegen, Hundesperre bis zum 14. August d. Js. angeordnet.

* **Thorn**, 28. Mai. Nach dem Genuß trichinösen Fleisches gestorben ist hier die 18jährige Tochter der in einer Barackenwohnung auf der Bromberger Vorstadt untergebrachten Familie Golinski. Zwei jüngere Kinder sind schwer erkrankt und befinden sich zurzeit im Krankenhause. Die Polizei fand in der Wohnung der Familie 2 Pfund Speck und etwa 15 Pfund Fleisch vor, in dem bei der Untersuchung Trichinen gefunden wurden.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Krakau**, 22. Mai. In der Nähe von Krakau, in Bychowice, hat ein Bauer bei der Bestellung seines Ackers eine große germanische Begräbnisurne gefunden. Bekanntlich bildete das heutige Kleinpolen die Urheimat des germanischen Stammes der Vandalen, die dort bis zum 4. Jahrhundert n. Chr. in geschlossener Masse gesessen haben. Die aus Krakau an den Fundort gereisten Archäologen schätzen das Alter der Urne auf mehr als 1600 Jahre und haben den Fund in die polnische Akademie der Künste geschafft.

* **Warschau**, 21. Mai. Ein „Zweikampf" zwischen einem Betrunkenen und einem Auto hat, der „Rzeczpospolita" zufolge, hier stattgefunden. Ein Betrunkener stand vor dem Tor eines Hauses und machte, als ein Auto herannahte, trotz der Hupensignale des Chauffeurs keine Anstalten, den Weg freizugeben. Im letzten Augenblick gelang es, den Wagen in seiner Fahrt zu verlangsamen und den Betrunkenen zu umfahren, der aber von einem Kotflügel leicht gestreift wurde. Darüber geriet der fröhliche Zecher in eine solche Wut, daß er sich mit lautem Gebrüll auf das Auto stürzte und mit dem Kopf und mit beiden Fäusten zugleich durch die Fensterscheibe des Autos fuhr. Der Erfolg war für ihn wenig erfreulich, denn er trug schwere Schnittwunden im Gesicht und an beiden Armen davon, und mußte im selben Auto, das die erschreckten Insassen zur Verfügung stellten, ins Krankenhaus gebracht werden.

Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

Industrie.

⊙ **Über die Lage der russischen Industrie im April** wurden, nach einem Bericht der „Ek. Schisn", in der Kommission für wirtschaftliche Untersuchungen u. a. folgende Mitteilungen gemacht: Die Großhandelspreise für Industrieerzeugnisse gingen um 1,4 Prozent zurück (im März um 3,3, im Februar um 5,5 Prozent), wenn man den Durchschnitt nimmt. Am stärksten waren die Preissenkungen in der chemischen Industrie. In der Metallindustrie ließen die Preise vor allem für Rotkupfer und auch für Nägel (3,4 Prozent) nach. Infolge der verbilligten Wassertransporte gingen die Preise für Naphthaprodukte um 2,5 und für Naphtha und Massut um 6 Prozent zurück. Die Senkung des Brennstoffindex beträgt 3 Prozent. Die Verbilligung der Wassertransporte hatte auch eine Ermäßigung der Preise für Salz um 6,2 und für Öl um 2—8 Prozent zur Folge. Die Kleinhandelspreise für Industriewaren sind durchschnittlich um 1,5 Prozent niedriger geworden. Keine Preisermäßigungen sind für Waren des täglichen Gebrauchs, wie Salz, Zucker, Kattun usw. eingetreten. In Moskau war sogar ein Anziehen der Preise, z. B. für Kattun um 3 Prozent, für Leinwand um 5 Prozent und für Säcke um 19 Prozent zu beobachten. Im Großhandel hat sich die sog. „Schere" um 1,4—1,41 Prozent vergrößert. Über die Lage der Rohstoffmärkte wurde u. a. berichtet, daß die Aussichten der Versorgung mit Flachs nicht befriedigend seien, so daß man mit einer Stillegung der Flachs verarbeitenden Fabriken für einen Sommermonat rechnen müsse. Günstiger sind die Aussichten auf dem Wollmarkt. Im April wurden 2600 Pud Rohwolle verkauft, und die Industrie ist für mehrere Monate versorgt. Für Rohhäute ist die Kampagne bereits beendet. Kalbshäute haben nur bis zu 50 Prozent der angeforderten Menge beschafft werden können. Infolge der geringen Ankäufe an Jungviehhäuten und Roßhäuten wird das Produktionsprogramm der Lederindustrie voraussichtlich um 25—30 Prozent gekürzt werden müssen. Die schlechten Witterungsverhältnisse haben auch die Zufuhr von Hanf sehr ungünstig beeinflußt. Der Absatz zeigte im allgemeinen eine starke Belebung. Auf den sibirischen Märkten sei sogar ein förmlicher Warenhunger zu verzeichnen, und in Moskau strömten seit längerer Zeit wieder viele Käufer aus der Provinz zusammen. Der Vorsitzende der Kommission, Professor Trachtenberg, erklärte in seinem Schlußwort, daß die Aprilkonjunktur besonders durch das Zurückdrängen der Privatkaufleute aus dem Großhandel und ein stärkeres Eindringen der Industrie in das Innere des Landes charakterisiert werde.

Wirtschaft.

§ **Öffentliche Bauten in Litauen** sind, wie unser Kownoer Korrespondent erfährt, noch für dieses Jahr in verhältnismäßig beträchtlichem Umfange vorgesehen. So soll alsbald mit dem Bau eines Universitätsgebäudes in Kowno begonnen werden, dessen Plan das Ministerkabinett vor einigen Tagen genehmigt hat. Gegenwärtig ist die Universität in den recht unzulänglichen Räumlichkeiten der ehemals russischen Handelsschule untergebracht, die teils städtischer, teils Privatbesitz ist, aber nach Lage und Ausdehnung keinen Raum für die notwendigen Nebeninstitute, wie Kliniken, Versuchsstationen, Sternwarte und Observatorium usw. bietet. Auch die im Jahre 1920 gegründete deutsche Oberrealschule in Kowno, die seit September v. Js. in eigenen Räumen untergebracht werden konnte, soll möglichst noch in diesem Jahre eine bedeutende bauliche Erweiterung erfahren. Das im Vorjahre errichtete Gebäude konnte damals infolge Geldmangels nur unzureichend angelegt werden, so daß die oberen Klassen bisher nachmittags unterrichtet werden mußten. Auch der schon seit längerer Zeit geplante Bau von Wasserleitung und Kanalisation in der litauischen Hauptstadt wird noch in diesem Jahre in Angriff genommen werden, nachdem die Vermessungsarbeiten schon begonnen haben. Die Stadtverwaltung hoffe hierdurch, vor allem der gegenwärtig sehr großen Arbeitslosigkeit steuern zu können. Dem Ingenieur-Ausschuß des litauischen Verkehrsministeriums liegen augenblicklich noch folgende Projekte zur Beratung vor: Bau einer Memelbrücke bei Prienу (südlich Kowno), Errichtung von Baulichkeiten für die Radiostation in Kowno und Bau eines Fischerhafens in Polangen. (Ein solcher ist hier bereits lange vor dem Kriege mit ungeheuren Kosten und wenig glücklichen Ergebnissen angelegt worden, doch dürfte er während des Krieges der vollständigen Vernichtung anheimgefallen sein. Die Red.)

Von den Märkten.

Von den polnischen Holzmärkten. Auf dem Krakauer Holzmarkt hält die Stagnation weiterhin an, wenn auch infolge des größeren Interesses von deutscher Seite aus eine Besserung der Lage zu erwarten ist. Die Preise sind ohne Veränderung geblieben. Geschäfte mit deutschen Kaufleuten werden dadurch erschwert, daß diese nur mit Wechsel zahlen können.

Auf dem Warschauer Holzmarkt stellten sich die Preise loko Warschau je Kubikmeter in Złoty: beschnittene Kiefernbretter ¾ Zoll und stärker 60, Tischlerbretter ¾ Zoll und stärker 80, beschnittenes Kantholz 2—6 Meter lang 60, Eiche 110, Erle 75.

Vom ukrainischen Produktenmarkt wird uns aus Kiew berichtet: Trotz des Beginns der Feldarbeiten hat die Zufuhr auf den ukrainischen Märkten in der letzten Zeit zugenommen. Der gute Stand der Wintersaaten und der ergiebige Regen sind Zeichen für eine gute Ernte, so daß die Bauern ihre letzten Vorräte auf den Markt bringen. Besonders günstige Ernteaussichten herrschen in der südlichen Ukraine vor, wo der Wintersaatenstand ausgezeichnet ist und die Feldarbeiten für die Sommersaat unter günstigen Witterungsverhältnissen beendet wurden. Die stärkere Zufuhr und die geringe Nachfrage hatten ein Zurückgehen der Preise zur Folge. Da die staatlichen Aufkaufgesellschaften für Getreide und die russischen Städte mit Getreide reichlich versorgt sind, so kann man ein weiteres Zurückgehen der Preise erwarten. Die Roggenpreise sind in den einzelnen Rayons im April und Mai folgendermaßen zurückgegangen: In Poltawa von 60 auf 50 Kopeken je Pud, in Kiew von 69 auf 65. Der durchschnittliche Preis für die Ukraine beträgt für Roggen 66 bis 65 Kopeken. Die Preisnotierungen für Weizen sind in derselben Zeit zurückgegangen: in Charkow von 1,45 auf 1,40 Rubel, in Poltawa von 1,25 auf 1,20, in Jekaterinoslaw von 1,40 auf 1,30. Der durchschnittliche Preis für Weizen ist von 1,30 auf 1,27 Rubel, d. h. um 2,3 Proz. gesunken.

Metalle. Berlin, 28. Mai. (Für 1 kg in Goldmark.) Elektrolytkupfer 1.2375, Raffinade-Kupfer 1.04—1.06, Original-Hüttenweichblei 0.52—0.54, Hüttenrohzink 0.54—0.55, Remelted Plattenzink 0.47—0.48, Zinn (Banka Straits, Austral) 4.05—4.15, Hüttenzinn (mind. 99%) 3.95—4.05, Reinnickel 2.25—2.35, Antimon Regulus 0.73 bis 0.75, Silber in Barren 900 fein 89.00—90.00.

Geldwesen.

≡ **Die Bezahlung von Auslandsschulden Polens**, die infolge der Grabskischen Finanzsanierung aufgenommen werden konnte, stellte sich bisher auf 664 373 Dollar und 2 147 691 holländische Gulden, wovon der Lokomotivbaugesellschaft „Baldwin" 174 125 Dollar, als Zinsen für Dollaranleihe 469 398 Dollar, als Amortisation der holländischen Anleihe 2 147 691 holländische Gulden und an das amerikanische Rote Kreuz für Lebensmittel 20 850 Dollar überwiesen wurden.

Börse.

≑ **Der Rat der Posener Getreidebörse** hielt eine konstitutionelle Versammlungssitzung ab, in der vom Börsenkommissar Ciążyński der Landschaftsrat Sypniewski als bestätigter Vertreter des Börsenkommissars eingeführt wurde. Bei der Wahl des Präsidiums wurden die bisherigen Mitglieder Stanisław Wajzyński (Vorsitzender), Władysław Radomski (stellv. Vorsitzender) und Zygmunt Weiß (zweiter stellv. Vorsitzender) gewählt.

Kurse der Posener Börse.

Für nom. 1000 Mkp. in Złoty:

Wertpapiere und Obligationen:	30. Mai	28. Mai
6proz. Listy zbożowe Ziemstwa Kred.	3.10	—.—
Bony Złote	0.70	0.70—0.67
Bankaktien:		
Bank Przemysłowców I.—II. Em. (exkl. Kup.)	2.50	2.00
Bank Zjednoczenia I.—III. Em.	—,—	0.75
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em. (exkl. Kup.)	1.50	—.—
Bank Młynarzy I.—II. Em.	—.—	0.40
Industrieaktien:		
Bydgoska Fabr. Mydeł I.—II. Em.	—,—	0.70
H. Cegielski I.—IX. Em.	0.65	0.65
Centrala Skór I.—V. Em.	2.25—2.00	—,—
C. Hartwig I.—VI. Em. o. Bezugsr.	0.45	0.40
Hurt. Związkowa I.—V. Em. o. Kup.	—.—	0.20—0.15
Herzfeld-Viktorius I.—III. Em.	3.25—3.15	3.25
Iskra I.—IV. Em. exkl. Kup.	—.—	1.25
Dr. Roman May I.—IV. Em.	34	—.—
Młyn Ziemiański I.—II. Em.	1.70	—.—
Płótno I.—III. Em.	0.40	0.40
Pozn. Spółka Drzewna I.—VII. Em. exkl. Kupon	0.90	0.85
Tri I.—III. Em.	5.00	—,—
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	5.75	—,—
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em.	10	—,—
Wytwornia Chemiczna I.—VI. Em. exkl. Kupon	0.30	—,—

Tendenz: fester, bei mangelndem Material.

≑ **Bank Polski erinnert noch im letzten Augenblick daran, daß die Kriesnoten nur bis zum 31. Mai 1924 zur Einlösung gelangen. Nach Ablauf dieser Frist sind alle noch im Verkehr befindlichen Kriesnoten ungültig.**

≑ **Goldmünzen** bei der Bank Polski unverändert.

≑ **Warschauer Börse vom 28. Mai.** Schwache Devisen, Effekten stärker anziehend. Besonders Bank-, Zucker- und Metallwerte steigen stark. Es notieren Bankwerte: Dyskontowy 6.00, Handlowy 6.50, Kredytowy 0.65, Handlowy Posen 3.40, Zachodni 2.30, Zw. Spół. Zarobk. 3.85. Industriewerte: Cerata 0,37, Kijewski 0.38, Puls 0.40, Spieß 0.95, Strem 13.00, Siła i Światło 0.64, Chodorow 4.90, Częstocice 2.70, Gosławice 1.37, Michałow 0.55, W. Tow. Fabr. Cukru 4.10, W. T. K. Węgla 5.20, Polska Nafta 0.65, Nobel 1.27, Cegielski 0.64, Fitzner u. Gamper 6.00, Rau 0.75, Modrzejewski 6.60, Norblin 0.66, Ostrowieckie 8.00, Pocisk 1.35, Rudzki 1.45, Starachowice 3.08, Ursus 1.20, Żyrardów 43.50, Haberbusch 6.00, Polski Lloyd 0.28.

≑ **Berliner Börse** vom 28. Mai. (In Billionen Mark.) Amsterdam 157.16, Brüssel 19.25, Christiania 58.10, Kopenhagen 72.80, Stockholm 111.52, Helsingfors 10.52, Mailand 18.55, London 18.255, Neuyork 4.19, Paris 22.44, Schweiz 74.31, Spanien 57.36, Japan 1.685, Wien 5.93, Prag 12.395, Jugoslawien 5.13, Budapest 4.18, Sofia 3.04, Danzig 73.01.

≑ **Ostdevisen in Berlin** vom 28. Mai. Freiverkehr. (Kurse in Billionen Mark für je 10 Millionen polnische Mark, Warschau, Kattowitz und Polennoten für 100 Złoty, übrige je 100 Einheiten.) Auszahlung: Warschau 80.58 G., 83.62 B., Bukarest 1.76½ G., 1.78½ B., Riga 80.06½ G., 81.68½ B., Reval 1.07 G., 1.09 B., Kowno 40.84 G., 41.66 B., Athen —.— G., —.— B., Kattowitz 80,58 G., 83.62 B. — Noten: polnische 77.00 G., 81.00 B., lettische 78.49 G., 82.51 B., estnische 1.02 G., 1.08 Br., litauische 39.00 G., 41.00 B.

≑ **Züricher Börse** vom 28. Mai. (Amtlich.) Warschau 109.00, Neuyork 5.6625, London 24.56, Paris 30.10, Brüssel 26.00, Amsterdam 212.00, Mailand 24.90, Madrid 77 7/16, Berlin 1.34, Prag 16.45, Budapest 65.00, Sofia 4.095, Belgrad 6.95, Konstantinopel 3.04, Helsingfors 14.50, Christiania 78.50, Kopenhagen 95 3/8, Stockholm 150 1/8.

Warschauer Vorbörse vom 30. Mai.

(In Złoty).

Dollar 5.15—5.16. Englische Pfund 22.35. Schweizer Franken 90.80. Franz. Franken 27.00.

Warschauer Börse vom 28. Mai.

Devisen (in Złoty):

Belgien	23.80	Prag	15.29
London	22.50—22.45	Schweiz	91.72
Neuyork	5.18½	Wien	7.32½
Holland	194.30	Italien	22.90
Paris	26.65—27.40		

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 30. Mai 1924.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty.)

Weizen	19.25—21.25	Viktoria-Erbsen	26.00—30.00
Roggen	10.80—11.80	Buchweizen	15.50—17.50
Weizenmehl (65 % inkl. Säcke)	34.00—36.00	Eßkartoffeln	3.00—3.75
Roggenmehl (70 % inkl. Säcke)	17.50—19.50	Fabrikkartoffeln	2.80
Gerste	11.80	Roter Klee	67.00—128.00
Braugerste	13.50—14.50	Weißer Klee	110.00—165.00
Hafer	11.10—12.10	Blaue Lupinen	6.00—7.00
Weizenkleie	9.00	Gelbe Lupinen	6.80—9.25
Roggenkleie	8.50	Roggenstroh, lose	1.20—1.50
Felderbsen	11.10—14.45	" gepreßter	2.70—2.90
		Heu, lose	3.00—3.50
		" gepreßt	5.40—5.80

Kleine Umsätze bei starkem Angebot. — Tendenz: schwach.

Posener Viehmarkt vom 30. Mai 1924.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. **Rinder:** I. Sorte 74—76 Złoty, II. Sorte 67 Złoty, III. Sorte 50—53 Złoty. — **Kälber:** I. Sorte 65—67 Złoty, II. Sorte 56 Złoty, III. Sorte 44—48 Złoty.

II. **Schweine:** I. Sorte 78 Złoty, II. Sorte 70 Złoty, III. Sorte 62 Złoty.

Der Auftrieb betrug: 6 Ochsen, 26 Bullen, 76 Kühe, 134 Kälber, 615 Schweine, 363 Ferkel (6—8 Wochen alte 6—8 Złoty das Paar, 9 Wochen alte 10—11 Złoty das Paar), 28 Schafe, 29 Ziegen. — Tendenz: ruhig.

Aus dem Gerichtssaal.

□ **Posen** 29. Mai. Die Strafkammer verurteilte Stefan Rypiński und Maximilian Walichowski zu je zwei Jahren Zuchthaus, je 5jährigem Ehrverlust und Zulassung der Polizeiaufsicht. Rypiński hatte wiederholten schweren Diebstahl, Walichowski notorische Schieberei auf dem Schuldkonto. — Wegen Wuchers mit Eiern wurde der Händler Richard Marquardt aus Cicha Góra, Kr. Neutomischel, zu einer Woche Haft und 100 Zloty Geldstrafe verurteilt.

Sport und Spiel.

Keine Zuverlässigkeitsfahrt für Automobile. Der „Prager Nachrichtendienst" erfährt: Zu der am 23. Juni d. Js. stattfindenden Zuverlässigkeitsfahrt für Automobile durch das Gebiet der tschechoslowakischen Republik haben sich bisher bloß 1 Team-Praga-Grand, 1 Team-Praga-Mignon und 1 Praga-Piccolo-Wagen angemeldet. Wegen dieser 3 Automobile würde es nicht dafürstehen, die kostspielige Fahrt zu unternehmen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß dieselbe heuer überhaupt nicht mehr stattfindet. Wegen der tschechoslowakischen Zollpolitik boykottieren bekanntlich die ausländischen Fabriken die hiesigen Automobilrennen, so daß schon die vorjährige Zuverlässigkeitsfahrt nur die heimischen Fabriken am Start sah. Dieses Jahr sind jedoch sogar Laurin & Klement und Walter ausgeblieben. Bloß Praga ist gemeldet. Die heimischen Automobilfabriken erklären, daß die vom tschechoslowakischen Automobilklub veranstaltete Zuverlässigkeitsfahrt mit großen Spesen verbunden ist, die sie mit Rücksicht auf den schlechten Geschäftsgang nicht erschwingen können. Ein definitiver Beschluß des Automobilklubs in der Frage der Abhaltung der Zuverlässigkeitsfahrt steht zwar noch aus, doch wird die Entscheidung in den nächsten Tagen fallen müssen. Der tschechoslowakische Automobilklub plant vom nächsten Jahre angefangen eine „Vierländerfahrt", deren Start und Ziel in Prag wäre, und die über Wien, Budapest, Preßburg und Warschau führen würde. Im Jahre 1926 würde Ziel und Start in Wien, im Jahre 1927 in Budapest, im Jahre 1928 in Warschau sein. Auch hierfür steht noch ein definitiver Beschluß aus.

Neues vom Tage.

§ **Einladung eines tschechischen Gelehrten nach Amerika.** Die amerikanische Chatauqua-Universität hat, wie eine Buffaloer Zeitung berichtet, beschlossen, den tschechischen Universitätsprofessor Mladejovsky einzuladen, eine Reihe von Vorträgen über seine Forschungen auf dem Gebiete der Arterienverkalkung zu halten.

§ **Das Räuber-Reservoir Transjordanien.** Die noch immer chaotischen Zustände im Reiche des Emir Abdallah, Transjordanien, machen sich auch in den Grenzgebieten Palästinas am Jordan fühlbar. Immer häufiger kommen bewaffnete räuberische Beduinenbanden über den Jordan, überfallen Ansiedlungen, Reisende, Hirten, gleichviel ob sie Juden oder Araber sind und rauben besonders Vieh und Geld. Es wurde bereits festgestellt, daß die transjordanischen Araber Waffen aus Syrien beziehen. Die palästinische Regierung hat wegen dieser Umtriebe bei Emir Abdallah in Aman ernste Vorstellungen gemacht und gleichzeitig nach dem Jordangebiet starke Gendarmerieabteilungen beordert. Die Regierung in Anam hat nicht die Macht, dem Räuberunwesen Einhalt zu tun, noch weniger die Entwaffnung der nomadisierenden Beduinenhorden Transjordaniens durchzuführen.

§ **Radiowahlen in Amerika.** Die beiden führenden politischen Parteien der Vereinigten Staaten von Amerika arbeiten gemeinsam an einem Projekte, welches, falls es bis Ende Juni d. J. in die Tat umgesetzt wird, den Präsidentschaftskandidaten viel Mühe ersparen und die Agitationsarbeiten erleichtern wird. Sämtliche Propagandareden sollen per Radio in Washington oder in einer anderen zentral gelegenen Stadt gehalten und per Radio durch das ganze Land „broadcast" werden.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

A. Z. 1. Der Aufforderung zur Zahlung wird wohl eine andere Einschätzung zugrunde liegen, die wir natürlich nicht nachprüfen können. Erheben Sie doch Einspruch. 2. Wir halten jeden Schritt gegen diese angeordnete Maßnahme für aussichtslos.

H. H. in L. 1. Uns ist kein Mittel bekannt, um den Wein von den ihm anhaftenden Mängeln zu befreien. 2. Wir können Ihnen nur empfehlen, eine Anzeige im „Pos. Tagebl." zu erlassen, da werden sich genug Reflektanten melden.

Wirtschaft Nr. 50. 1. Wir können Ihnen unmöglich alle die einzelnen Steuern und Lasten aufzählen. 2. Diese Steuer besteht noch, wird aber meist auf Antrag erlassen. 3. Dem Verkauf steht nichts im Wege. 4. Das Geld können Sie bei jeder Bank umwechseln. 5. Derartige Umrechnungen lehnen wir ab. 6. Das kommt ganz auf die Verabredung an. Im allgemeinen werden Sie, da die auszuzahlende Person in Deutschland lebt, ihr das Geld auch in der dort gültigen Valuta auszahlen müssen.

S. in G. Wenn Sie den Beweis erbringen können, daß Ihre Angaben richtig sind, wird der Arbeiter den Prozeß verlieren.

P. U. Es wird Ihnen nichts anderes übrig bleiben, als den Hypothekenschuldner zu verklagen.

H. S. Roggen (100 Kg.) notierte am 1. September 1922 mit 17 500—19 000 Mk., am 2. Oktober 1922 (1. Oktober war ein Sonntag) mit 17 500—18 500 Mk.; am 3. November 1922 (am 1. und 2. November fand keine Getreidebörse statt) mit 27 500—28 500 Mark; am 1. Dezember 1922 mit 39 000—40 000 Mk.; 1923 am 15. Januar: 68 000—71 000 Mk., 14. Mai (15. Mai war keine Getreidebörse) 114 000—124 000 Mk., 14. Juli (15. Juli war ein Sonntag) 250 000—275 000 Mk., am 13. August 330 000—370 000 Mark, 15. September 440 000—480 000 Mk. Weizenmehl wurde in den ersten Augusttagen nicht notiert. Am 21. September 1923 notierte Weizenmehl mit 1 500 000—1 600 000 Mk. — In Zukunft können wir eine so lange Reihe von Notierungen im Briefkasten unmöglich angeben; wir müssen Sie schon bitten, entweder sich persönlich in unsere Redaktion zu bemühen oder einen Briefumschlag mit Freimarke zur brieflichen Beantwortung beizulegen.

O. P. 1. 9,73½ Friedensmark, d. h. 11 Zloty 97 Groschen. 2. 8,17½ Friedensmark, d. h. 10 Zloty 5 Groschen. 3. Das bedeutet, daß eine Friedensmark gleich 1 Zloty 23 Groschen ist.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil Robert Styra; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Kirchennachrichten.

Kreuzkirche. Sonntag, 10: Gd. Greulich. — 11: Kgd. Ders.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonnabend, nachm. 6: Wochenschlußgottesdienst. Haenisch. — Sonntag, 10: Gottesdienst. Ders. — 11½ Kindergottesd. Derselbe. — Mittwoch, 6: Bibelbesprechung. Ders.

St. Paulikirche. Sonntag, 10: Gd. D. Staemmler. 11½: Konfirmandenprüfung. Ders. — 11¾: Kgd. Stuhlmann. — Mittwoch, 6: Bibelstunde. Ders. — Amtswoche: Stuhlmann.

Nordheim. Sonntag, 3: Konfirmandenprüfung. Stuhlmann.

Ev.-luth. Kirche, ulica Ogrodowa 6 (früh. Gartenstr.) Sonntag, 10: Predigtgd. Hoffmann. 11½: Kgd. Ders. — Dienstag, 3½: Frauen- u. Jungfrauenverein. — Freitag, 8: Kirchenchor.

St. Lukaskirche. Sonntag, 10: Gottesd. Büchner. — Donnerstag, 4½: Frauenhilfetee.

Christuskirche. Sonntag, 10: Gd. Rhode. — Danach Kgd. — Dienstag, 4½: Teenachmittag der Frauenhilfe. — Mittwoch, 6: Bibelstunde. — 8: Kirchenchor.

Kapelle der Diakonissenanstalt Sonnabend, abends 8: Wochenschlußgottesdienst. Sarowy. — Sonntag, vorm. 10: Gottesdienst. Ders.

Gemeinde gläubig getaufter Christen (Baptisten) ul. Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) 12. Sonntag vormittags 10: Predigt. — 11½: Sonntagsschule. — 3: poln. Predigt. — 4½: Predigt. 6: Jugendverein. — Dienstag, 7½: Gesangstunde. — Mittwoch, 8: Gebetsstunde. Freitag, 7½: poln. Predigt.